

ENERGIE- INFO

Berichte und Nachrichten aus dem Energiebereich

Liebe Leserinnen und Leser,

unglaublich, aber wahr! Die Energie-Info befindet sich im 22. Jahr ihres Erscheinens. Wenn ich mir so die ersten Ausgaben anschau.....“Info, wie hast du dir verändert!“

Wer Veränderungen vorschlagen möchte oder Kritik und / oder Anregungen hat: Meinungen bitte an meine Email-Adresse (siehe S.4).

Michael Carl

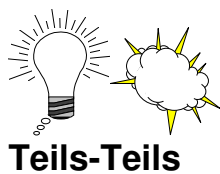
Redaktionsschluss: 15.01.2009

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
Literaturhinweise	4



Landauer Umweltpreis für Astrid Diehl.....	5
Vatikan: „Und es ward Licht!“.....	6
Sonnenwärme nah und fern.....	7
Strom aus kalter Wintersonne.....	7
Morbach: Der Sonne hinterher.....	8
Tagung Energiewälder.....	9
Hotrock baut Kraftwerk für 30 Millionen Euro.....	11
Erneuerbare Energien legen zu.....	11
Investitionsmotor erneuerbare Energien.....	13
KfW-Kredite sind Motor für Ausbau erneuerbarer Energien....	14
2. Forsa-Umfrage zu Erneuerbaren Energien.....	15
Umweltschutz im zweiten Arbeitsmarkt.....	16
Klimaschutz: Deutsche erfolgreich.....	18
C & A: Green shopping.....	18
Baumholder knüpft Energiesparnetz.....	20
Haus ohne CO-Emissionen.....	20
Mieter müssen Einbau sparsamer Heizung dulden.....	21
LED-Straßenlampen Ende 2008 verfügbar.....	22
Kombination aus Verbrennungsmotor und Dampfmaschine....	23
Energiesparender Ersteinsatz: Mit Supraleitern Metalle erhitzen.....	24



Trier: Solaranlage ausgehandelt und genehmigt.....	25
Methan-Emission von Biogasanlagen.....	26
Biomasse ist Energie mit Zukunft.....	27
Erneuerbare Energien gebremst.....	28
Bei Schulsanierungen Energie sparen.....	29
Rote Karte für Stromriesen.....	30
Energie Südwest lagert Gasgeschäft aus.....	31



„Handeln statt begutachten, Herr Minister: Keine neuen Kohlekraftwerke mehr“.....	33
Uni Flensburg: Neue Kohlekraftwerke ineffizient, klimaschädlich – und unwirtschaftlich.....	34
Neues Kohlekraftwerk sorgt für dicke Luft.....	35
Rechenkunststücke beim Klimaschutz.....	37
Auf die lange Bank schieben wird teuer.....	39
Regierung erwartet drastische Folgen des Klimawandels.....	39
UN-Klimakonferenz in Poznan: Verpasste Chance.....	41
EU-Klima- und Energiepaket 2008:	
Ergebnisse und Bewertung der BGST.....	42
Erhöhte Strahlung in Cattenom vertuscht?.....	48
Decke in Asse droht einzustürzen.....	49
Neuer Streit um Atomendlager.....	49
„Pro-Klima-Strom“ von RWE ist Atomstrom.....	50
40 Milliarden vom Steuerzahler.....	51
Subventionen schaden dem Umweltschutz.....	53
Bäume in trockenen Gebieten stärker gestresst.....	55
Waldzustandsbericht 2008.....	56
Wärmepumpen: Streit um Jahresarbeitszahlen.....	57
Wärmepumpen: Grundwasserprobleme.....	57
Speyer wärmt sich an Mannheim.....	59

Einführung

Die Energie-Info, herausgegeben vom Arbeitskreis Energie im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Rheinland-Pfalz, versucht, in für die Umwelt gute und schlechte Nachrichten zu unterteilen. Dies ist natürlich nicht immer möglich, so dass stets auch einige Seiten neutraler Informationen enthalten sind.

Für Mitarbeiter an der Info:

Der Redaktionsschluss für die vier Ausgaben pro Jahr:

15.1., 15.4., 15.7., 15.10. jeden Jahres.

Meine Adresse:

Michael Carl, Höhenweg 15, 56335 Neuhäusel

Tel.: 02620/8416; Fax: 02620/950805; E-Mail: michael.carl@t-online.de

Mein Dank gilt an dieser Stelle denjenigen Mitgliedern des AK Energie, die mir freundlicherweise Material zukommen ließen, das ich zum Teil für diese Ausgabe der Info verwertet habe.

Literaturhinweise

Die Bücher, Broschüren und Faltblätter sind bei der Landesgeschäftsstelle in Mainz erhältlich.

- „Positive Anlagen in Rheinland- Pfalz. - Sinnvolle Energieverwendung in bestehenden Anlagen“; Preis: 2,60 €.
- „Vorbild Kommune - Zukunftsfähige Energienutzung; Wo Zukunft schon begonnen hat: Rheinland-Pfälzer zeigen wie's geht“; Preis 2,70 €.
- Faltblätter
 - Solarstrom - Grundlagen
 - Energiewende jetzt/Arbeitsplätze
 - Energiesparen beim Heizen
 - Der Gasherd
 - Regeln zum richtigen Lüften
 - Wärmepumpe
 - Energie sparend Auto fahren
 - Warmwasserbereitung
 - Off. Kamine/Schornsteinfeger
 - Holznutzung
 - Contracting
 - Wechsel des Stromlieferanten
 - Energie sparen
 - Erneuerbare Energien-Gesetz
 - Antriebsalternativen (Auto)
 - Energiesparlampen
- Thesenpapiere:
 - Thesen Windenergienutzung
 - Wasserkraftnutzung in Klein- und Kleinstwasserkraftanlagen
 - Nutzung von Biomassen
 - Thesen Fotovoltaiknutzung
 - Thesen Geothermienutzung

Landauer Umweltpreis für Astrid Diehl

Für besondere Leistungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes zeichnete am Sonntagabend beim Neujahrsempfangs Oberbürgermeister Hans-Dieter Schlimmer die Landauerin Astrid Diehl mit dem Umweltpreis 2009 aus. Die engagierte Südpfälzerin habe sich nicht nur für eine umweltgerechte Fortentwicklung der Stadt Landau eingesetzt, sondern am Standort Vorbildliches für den Umweltschutz geleistet. "Sie haben sich um die Weiterentwicklung Landaus auf einem ökologisch-ökonomischen Weg verdient gemacht", versicherte Schlimmer und überreichte Astrid Diehl die Urkunde samt Blumengruß. "Menschen wie Sie braucht unsere Stadt", versicherte der Verwaltungschef unter dem Beifall der zahlreichen Gäste in der Landauer Festhalle.

In seiner Laudatio ging Schlimmer zurück bis ins Jahr 1990, als die Geehrte Gründungsmitglied des Arbeitskreises Solarenergie Südpfalz wurde, einer Gemeinschaft zur Information über Solaranlagen, Sammeleinkauf und Selbstinstallation. Mitgewirkt habe sie unter anderem auch bei der ökologischen Gestaltung der Gartenanlage im Horst-ring. Mit auf den Weg gebracht hat Diehl auch die Initiative "Sonniges Landau". Darüber hinaus ist sie seit vergangenem Jahr Vorsitzende des Vereins Pamina Solar Südpfalz. Weil Umweltschutz viele Facetten hat und nicht nur Solarenergie bedeutet, hat sich Astrid Diehl auch für das Projekt CO₂-neutraler Zoo Landau eingesetzt.

Seit dem vergangenen Jahr ist sie auch Beirätin im Verein Metropol-Solar Rhein-Neckar, wo sie vor allem Ansprechpartnerin für Konzepte für hundertprozentig erneuerbare Energien ist. Auf ihren Vorschlag, ergänzte Schlimmer, sei auch beim Projekt Ilek der Vorschlag zum Bau von zwei Wasserwirbelkraftwerken zurückzuführen. Maßgeblich habe sich Astrid Diehl auch an der Organisation des landesweiten Energie-Effizienz-Tages beteiligt und für den Aufbau solarer Mobilität starkgemacht.

Weit über das Maß einer Dankadresse hinaus ging die Ansprache der Geehrten, die ihre Auszeichnung zum Anlass nahm, 20 Jahre im Einsatz für eine bessere Umwelt noch einmal Revue passieren zu lassen. Dabei sparte sie weder die vielen "Begegnungen mit engagierten Menschen" aus, noch die Anerkennung für ihre Mitstreiter und natürlich auch ihren Ehegatten, der in all den Jahren auf eine perfekte Hausfrau verzichtet hatte, um ihr so den Freiraum für ihre Umweltaktivitäten zu ermöglichen. Doch Astrid Diehl blickte in ihrer Rede nicht nur zurück auf das Erreichte, sondern wünschte sich für das gerade begonnene Jahr ein Klimaschutzkonzept speziell für Landau.

Rheinpfalz vom 13.1.09

PS: Bei den vielen Aktivitäten von Astrid Diehl ist in der Rheinpfalz leider ihre Tätigkeit beim Arbeitskreis Energie des BUND-Landesverbandes untergegangen. Der AK Energie gratuliert Astrid Diehl aufs Herzlichste zu dieser Auszeichnung. Astrid, das hast du dir verdient!

Michael Carl, Sprecher AK Energie BUND RLP



Vatikan: „Und es ward Licht“

"Licht aus der Höhe, erleuchte uns!" Die christliche Gebetsliteratur ist voll von Anrufungen dieser Art. Der Vatikan hat sie nun in einem recht praktischen Sinne umgesetzt: Er lässt sich seine Energie von der Sonne liefern.

Genau in der Stunde, in der Papst Benedikt XVI. am Mittwoch seine wöchentliche Generalaudienz hielt, fingen hoch über seinem Kopf 2394 Solarmodule an, ihren ersten Strom zu liefern. Auf 300.000 Kilowattstunden pro Jahr sollen sie es bringen, das würde für über einhundert Privathaushalte reichen; im Vatikan deckt es gut ein Sechstel dessen ab, was an Strom benötigt wird. Vorerst.

Die 5000 Quadratmeter große Anlage, maßgefertigt im sächsischen Freiberg, ist ein Geschenk der deutschen Solarworld - jener Firma, deren Chef Frank Asbeck soeben den Opelkonzern übernehmen wollte. Und sie wird gleich mehreren Bedürfnissen gerecht.

Erstens leitet sie die von Benedikt im globalen Interesse stark befürwortete Energie- wende ein - der Vatikan will die in Europa noch umstrittenen Klimaziele für sich nicht erst 2020 erreichen, sondern schon früher.

Zweitens nützt sie optimal die Möglichkeiten, die das weite, wellenartig geschwungene Dach der Audienzhalle bietet: Die Sonne bescheint es den ganzen Tag und die Paneele bekommen, wie von selbst, eine Ausrichtung exakt nach Süden. Sie ersetzen einfach nur die ohnehin sanierungsbedürftigen Betonplatten, die der Architekt Paolo Luigi Nervi beim Bau vor 40 Jahren auf das Glasdach gelegt hatte, um das Gebäude vor allzu starker Sonneneinstrahlung zu schützen.

Drittens erfüllt die Anlage alle Ansprüche der Denkmalschützer auf dem historischen Gelände des Vatikans. Bläuliches Paneelen-Geglitzer wäre hier fehl am Platze gewesen. Die Module sind steil nach Süden geneigt und von der einzigen Stelle aus, von der man auf das Solardach blicken kann – von Michelangelos Kuppel aus -, sieht man nur ihre nördliche, matte, silbergraue Rückseite. Mit anderen Worten: Es sieht alles so aus, als hätte sich nichts verändert.

Nun aber geht's im Vatikan erst richtig los: Noch im Dezember will der kleinste Staat der Welt seine Mensa mit Sonnenenergie – je nach Bedarf - heizen oder kühlen, die Sendeanlagen von Radio Vatikan sollen mit Solar- oder Windstrom gefüttert werden, im riesigen Park seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo lässt der Papst die Möglichkeiten von Biogas sondieren. Mauro Villarini, der Energiebeauftragte des Kirchenstaats, bedauert nur eines: „Wir haben kein Meer und keine Flüsse. Mit Wasserkraft ist's also Essig.“

Rheinpfalz vom 28.11.08



Sonnenwärme - nah und fern

Auf der dänischen Stadt Marstal auf der Insel Aero steht eine Kollektoranlage mit einer Wärmeleistung von 12,8 Megawatt - das entspricht der Leistung von 1.000 Heizkesseln. Die Anlage umfasst eine Fläche von 18.300 Quadratmetern und speist ihre Wärme in das Fernwärmenetz ein. Scheint die Sonne, bleiben Pell Spitzenlastkessel außer Betrieb. Überschüssige Wärme geht in einen 1.000 Kubikmeter großen Wasserspeicher. In Dänemark gibt es zahlreiche Nahwärmenetze, die in der Regel den Bewohnern selbst gehören. 60 Prozent aller Dänen sind an Nah- oder Fernwärmenetze angeschlossen. In Deutschland beträgt deren Anteil gerade mal 14 Prozent. Die meisten Anlagen erzeugen nur Wärme, obwohl in Dänemark der Anteil des in Kraft-Wärme erzeugten Stroms bei 45 Prozent liegt, in Deutschland dagegen bei nur 6 Prozent. In zehn der 460 dänischen Heizwerke gibt es solare Zusatzheizungen.

Energiedepesche 4/08

Strom aus kalter Wintersonne

In "aller Stille" ging nun das zurzeit größte Solarkraftwerk in Rheinland-Pfalz beim Industriepark Föhren ans Netz. Die Riesen-Anlage der Stadtwerke Trier (SWT) entstand in der rekordverdächtigen Bauzeit von rund fünf Monaten.

Bauherr und Betreiber der rund 30 Millionen Euro teuren Anlage ist die Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH, die die Flächen über einen Zeitraum von 25 Jahren vom Industriepark Region Trier (IRT) gepachtet hat. Das Areal bleibt durch die aufgeständerte Modulbauweise der Anlage unversiegelt und grün. Es ist daher als Naturausgleichsfläche für die Erschließung des benachbarten IRT ausgewiesen.

Die Ausmaße der neuen Anlage, die sich hinter Bäumen versteckt an der L 48 nach Föhren hinzieht, sind gewaltig. Erst von der Anhöhe am Westrand des Areals ist erkennbar, wie sich das riesige Feld aus schwarz-blauen Modulen über die gewellten Flächen legt. Die Anlage wirkt auf den ersten Blick wie das Werk eines modernen Landschaftskünstlers, ist tatsächlich aber Technik pur.

Helmut Steuer von der SWT Versorgungs-GmbH nennt die Eckdaten des neuen Solarkraftwerks: Die Gesamtfläche der Anlage umfasst 250.000 Quadratmeter. In dichten Reihen stehen dort die insgesamt 40.000 Trag-Gestelle, auf denen, in Südrichtung geneigt, 112.000 Solarmodule befestigt sind. Der in den Modulen durch Umwandlung der Sonneneinstrahlung erzeugte Gleichstrom (bekannt von Batterien mit Plus und Minus) fließt zunächst zu einer der fünf Wechselrichter-Stationen. In den Gebäuden im "Garagen-Format" befinden sich insgesamt 28 Wechselrichter, die den Gleichstrom "versandfertig" zu Wechselstrom (der Strom, der auch aus der Steckdose kommt) umformen. Schließlich wird der Strom über eine nahegelegene 20.000-Volt-Mittelspannungsleitung ins öffentliche Netz eingespeist.



Bei voller Sonnen-Einstrahlung kann die Anlage eine Maximalleistung von 8400 Kilowatt erreichen. Theoretisch könnten damit (dauerhaft perfektes Wetter vorausgesetzt) rund 2400 Haushalte versorgt werden. Baubeginn war Anfang Juli 2008. Rund fünf Monate später, am 17. Dezember, war alles fertiggestellt, und der Probetrieb konnte beginnen.

Der natürliche Sichtschutz aus Gehölzen und Büschen, der auf einer Länge von circa 2000 Metern rund um die Anlage gepflanzt wurde, kann nicht so schnell "fertiggestellt" werden. Es wird noch einige Jahre dauern, bis die Gewächse ihre vorgesehene Höhe von rund drei Metern entlang der Ränder im Westen, Norden und Osten des Areals erreicht haben. Erheblich breiter und mit später zehn Metern deutlich höher soll sich der Grünstreifen aus Gehölzen am Südrand in Richtung Bekond entwickeln. Diese Begrünung ist ein Zugeständnis an die Gemeinde Bekond. Insbesondere die Bekonder aus dem nördlichen, höher gelegenen Wohngebiet klagten über den künftigen Zwangsausblick auf Hunderte von Modulreihen. Diese wird der nun heranwachsende Gehölzstreifen Jahr für Jahr ein Stück mehr verdecken.

Triererischer Volksfreund vom 9.1.09

Morbach: Der Sonne hinterher

Die Familie der Energiegewinnungsanlagen in der Morbacher Energielandschaft bekommt derzeit kräftigen Zuwachs. Photovoltaikanlagen werden aufgebaut, die sich dem Sonnenlauf anpassen und so immer optimale Leistung bringen können. Die Juwi Holding AG testet verschiedene Varianten und investiert rund 2,5 Millionen Euro.

"Das aktuelle Testfeld für nachgeführte Photovoltaikanlagen ist für uns der Einstieg in diese Technologie. Wir testen einachsige und zweiachsige Systeme mit Kristallin- und Dünnschichtmodulen", erklärt Ralf Heidenreich von der Firma Juwi in Wörrstadt. Zu den vorhandenen 4000 Quadratmetern Modulfläche kommen jetzt weitere 1000 Quadratmeter nachgeführte und 4500 Quadratmeter starre Module hinzu. Letztere dienen dem Test der optimalen Kompatibilität verschiedener Wechselrichtersysteme.

Da Photovoltaik-Anlagen erst einmal Gleichstrom produzieren, muss die effektivste Wechselrichtertechnik herausgefunden werden. Rund 2,5 Millionen Euro investiert Juwi in den weiteren Ausbau der Morbacher Energielandschaft mit diesen Testanlagen. Die nachgeführten Systeme folgen dem Sonnenstand, bei den zweiachsigen sogar in der Neigung. Das hat Vor- und Nachteile. "Nachführung bringt 35 Prozent mehr Ertrag", weiß Michael Grehl, der bei der Gemeinde Morbach für die Energielandschaft zuständig ist. "Die preiswerteren Dünnschichtmodule verwandeln zehn Prozent des Sonnenlichts in Strom, bei der teureren, kristallinen Variante sind es 14 Prozent", rechnet der Diplom-Ingenieur vor.



Mit in die Rechnung aufgenommen werden muss aber die aufwendigere Nachführtechnik, die mehr Wartung erfordert. Das Zusammenspiel all dieser Parameter wird in der Energielandschaft ausprobiert. Juwi-Sprecher Heidenreich macht noch auf ein weiteres Problem aufmerksam: "Es ist noch nicht zweifelsfrei geklärt, ob sich angesichts sinkender Vergütungen nachgeführte Dünnschichtsysteme gegenüber fest aufgeständerten Anlagen wirklich rechnen." Außerdem: Die fest installierten Systeme können dicht an dicht gestellt werden. Das geht mit den beweglichen Anlagen nicht. Die brauchen Platz zum Schwenken, und die kristalline Schicht sackt bei Abschattung auch noch stark in ihrem Wirkungsgrad ab. All das soll langfristig - bis zu 20 Jahre - getestet werden. Welche Vorteile der Privatkunde heute schon durch die solare Stromgewinnung hat, darüber informiert unter anderem die Verbraucherzentrale bei Energieberatungsterminen im Morbacher Rathaus.

Triererischer Volksfreund vom 25.11.08

Tagung Energiewälder

Das Heizen mit Holz erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Die Zahl der Pelletheizungen steigt, nicht zuletzt, weil der Einbau von entsprechenden Kesseln finanziell gefördert wird. Auch Landwirte können von dieser Nachfrage profitieren - dann, wenn sie schnell wachsende Hölzer anbauen, in Fachkreisen auch Energiewälder genannt. Doch diese Plantagen sind vielen Umweltschützern ein Dorn im Auge.

Es gibt nur wenige Landwirte, die schnellwachsende Pappeln oder Weiden anbauen, um deren Holz nach drei oder vier Jahren als Energiequelle zu nutzen. Doch der Bedarf an klimaneutraler Energie steigt - und Florian Schöne vom Naturschutzbund Deutschland glaubt, dass bald mehr Landwirte solche Energiewälder kultivieren werden. Das sei sogar sinnvoll, denn

--Energieholzplantagen sind grundsätzlich sowohl ökologisch als auch von der klimapolitischen Sicht deutlich besser als Silomais für die Biogasherstellung oder Raps für die Biodieselherstellung. Das muss man immer vergleichen. Das ist die Referenz.

Ein Beispiel: Das Kohlendioxid-Einsparpotential von Pappeln, die zu Hackschnitzeln verarbeitet in Heizkraftwerken Wärme erzeugen, sei mehr als dreimal so hoch wie das Einsparpotential von Raps, der als Biodiesel genutzt wird, meint Florian Schöne. Und:

--Eine einjährige Ackerkultur mit hohem Pestizid- und Düngeraufwand ist immer von der Umweltbilanz deutlich schlechter als eine mehrjährige Pappelplantage - und sei sie noch so intensiv bewirtschaftet.



ENERGIE-INFO

SEITE 10

Doch der Naturschutzbund Deutschland gibt Energiewäldern keinen Freibrief! Die Studie "Energieholzproduktion in der Landwirtschaft", die der Verband gestern in Berlin vorstellte, zeigt etwa, dass Kurzumtriebsplantagen viel Wasser verbrauchen. Und der Biologe Ulrich Schulz von der Fachhochschule Eberswalde hat geprüft, ob Energiewälder die biologische Vielfalt fördern. Das vorläufige Ergebnis ist - etwa für Vögel - ernüchternd:

--Die, die da brüten, das sind dann eigentlich eher so Allerweltsarten, die man auch meinetwegen in Großstädten, in Parkanlagen finden kann oder auch in kleineren Wäldern. Und sie bevorzugen offensichtlich eher die Randstrukturen. Man kann grundsätzlich feststellen: Je tiefer man in so eine relativ mono-strukturierte Fläche reingeht, umso stiller wird es, desto weniger Vogelarten trifft man. Und die Individuenzahl ist auch geringer.

Aber Fachmann Schulz kennt Tricks, um die biologische Vielfalt zu erhöhen:

--Das eine wäre zum Beispiel, dass man versucht, eher längliche Strukturen zu schaffen. Das andere, was noch viel wichtiger ist eigentlich, dass man nicht eine große Fläche anlegt, sondern viele kleine. Und dass die sozusagen getrennt werden durch bestimmte Wirtschaftswege, die Saumstrukturen aufweisen. Dadurch könnte man die biologische Vielfalt von solchen Energiepflanzenflächen erhöhen.

Auch Verbote seien notwendig, meint Florian Schöne von Naturschutzbund Deutschland:

--Es gibt Flächen, die sind einfach Tabu-Standorte. Da darf der Energiewaldbereich nicht reingehen. Also Regionen mit hohem Waldanteil, im Mittelgebirge, mit Auengrünland, mit Magerrasen, Feuchtwiesen. Das sind Standorte, die sind tabu. Und da müssen wir gucken, dass der Energieholzbereich dort nicht hinkommt.

Und wo sollen Energiewälder wachsen? Florian Schöne kennt die Antwort:

--Wenn man sich mal Regionen anschaut, in denen ganz wenig Landschaftselemente, wie Hecken, überhaupt noch existieren wie zum Beispiel in den Börde-Standorten. Wenn man dort gezielt mit den Energiewäldern reingehen würden, dann wäre das eine deutliche Bereicherung sowohl für die biologische Vielfalt als auch für den Klimaschutz.

Für den Naturschutzbund bieten Energiewälder also die Chance für mehr biologische Vielfalt in intensiv genutzten Regionen.

--Und die Pellet-Industrie? Sie könne mit solchen Naturschutzstandards gut leben, meint Martin Bentele, Geschäftsführer des Deutscher Energie-Pelletverbands:



Das ist keine Einschränkung, weil mit dem Produkt Pelletheizungen bei dem Verbraucher nur landen können, wenn wir belegen können, dass es sich hier um ökologisch einwandfreie Erzeugnisse handelt. Das kennen wir von den Pellets, die aus dem deutschen zertifizierten Wald kommen, und genau diese Ansprüche müssen auch künftig für Pellets gelten, die aus landwirtschaftlicher Produktion kommen.

Von Ralph Ahrens, weitergeleitet durch DNR Redaktionsbüro Info-Service ++ Veröffentlichungsrechte bei den Urhebern, Information: <http://www.dnr.de/infoservice>
Deutschlandradio - 13.11.2008

Hotrock baut Kraftwerk für 30 Millionen Euro

Die Karlsruher Firma Hotrock will in Rülzheim (Kreis Germersheim) ihr drittes Erdwärmekraftwerk in der Südpfalz bauen. Weitere Standorte sind Landau und Insheim. Dem Leiter der Projektentwicklungsabteilung, Christian Hecht, zufolge sind Voruntersuchungen im Jahr 2005 vielversprechend verlaufen. Genauere Messungen und Probebohrungen sollen im Frühjahr 2009 erfolgen. Die Bohrtiefe gibt Hecht mit bis zu drei Kilometern an.

In Rülzheim sollen aus dem geförderten heißen Wasser Strom und Wärme erzeugt werden. Ein Fernwärmenetz ist vorhanden. Einer der größten Abnehmer für Wärme wird das Freizeitbad Moby Dick sein. Hotrock rechnet mit einer elektrischen Jahresleistung der Anlage von 28.000 Megawatt und einer Wärmeenergieerzeugung von 40.000 Megawatt pro Jahr. Die Kosten werden auf 25 bis 30 Millionen Euro beziffert. Möglicherweise wird ein Partner beteiligt, etwa die Ludwigshafener Pfalzwerke wie im Fall Insheim. Auch die Gemeindewerke in Rülzheim scheinen am Einstieg interessiert zu sein.

Rheinpfalz vom 20.12.08

Erneuerbare Energien legen zu

Die Branche der erneuerbaren Energien hat auch im letzten Jahr weiter zugelegt. Nach Angaben des Bundesverband Erneuerbare Energie e.V. (BEE) wurde 2008 fast jede zehnte in Deutschland verbrauchte Kilowattstunde aus erneuerbarer Energie erzeugt (Anteil am Endenergieverbrauch 9,6 Prozent). Die positiven Effekte erneuerbarer Energie zeigen sich insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht: Allein 2008 konnten Ausgaben für Brennstoffimporte in Höhe von 7,8 Mrd. Euro vermieden werden, zudem reduzierte der Einsatz erneuerbarer Energie die externen Kosten der Energieerzeugung für Klima-Umwelt- und Gesundheitsschäden um 9,2 Mrd. Euro. **„Damit haben die erneuerbaren Energien Volkswirtschaft und Verbrauchern im vergangenen Jahr Belastungen von 17 Milliarden Euro erspart“**, rechnet BEE-Präsident Dietmar Schütz vor. Das ist eine Größenordnung, die immerhin dem von der Bundesregierung im Dezember beschlossenen ersten Konjunkturpaket entspricht.



Insgesamt erhöhte sich die Energiebereitstellung aus erneuerbarer Energie gegenüber 2007 um drei auf rund 230 Mrd. kWh. *„Strom- und Wärmeproduktion aus erneuerbarer Energie bleiben klar auf Wachstumskurs. Damit setzt sich der notwendige Umbau unserer Energieversorgung beständig fort“*, kommentiert Schütz die Bilanz des Jahres 2008. Nach Berechnungen des BEE wurden durch den Einsatz erneuerbarer Energie im Jahr 2008 **rund 120 Mio. Tonnen CO₂ vermieden**. Das sind etwa 20 Mio. Tonnen mehr, als der CO₂-Ausstoß der gesamten deutschen Pkw-Flotte im gleichen Zeitraum betrug. Stellt man die Förderung erneuerbarer Energie den eingesparten Beträgen gegenüber, zeigt sich die Effizienz der Fördermaßnahmen. Das wichtigste Instrument ist das Erneuerbare-Energien-Gesetz für den Strombereich. Seine Umlagefinanzierung hatte 2008 ein Volumen von rund 3,2 Mrd. Euro. Schütz: *„Die Entlastung in Form von geringeren Importkosten und vermiedenen externen Kosten beträgt ein Vielfaches der Fördersumme für Erneuerbare Energie. Damit steht fest: Die Förderung ist hochgradig effizient und Erneuerbare Energie ein Gewinn für alle.“*

Die Entwicklung der Branche im Jahr 2008 im Einzelnen **Stromerzeugung**

Die Stromerzeugung aus Erneuerbarer Energie übernahm im vergangenen Jahr 15,3 Prozent der gesamten deutschen Stromversorgung (2007: 14,5 %). Gegenüber 2007 stieg die produzierte Strommenge von 89,6 auf 95,1 Mrd. kWh (plus 6,1 %). Davon stellte die Windkraft mit 40,3 Mrd. kWh erneut den größten Anteil (2007: 39,7). An zweiter Stelle folgte die Bioenergie mit rund 28,7 Mrd. kWh (2007: 25,7). Die Wasserkraft lieferte 21,8 Mrd. kWh (2007: 21,2). Die Photovoltaik trug 4,3 Mrd. kWh zur deutschen Stromerzeugung bei und weist damit gegenüber 2007 mit Abstand das stärkste Wachstum auf: plus 40 Prozent. Die Geothermie leistete wie im Vorjahr einen Beitrag von 4 Mio. kWh.

Wärmeerzeugung

Der Anteil Erneuerbarer Energie an der Wärmeversorgung in Deutschland stieg auf 7,3 Prozent (2007: 6,8 %). Die Wärmeerzeugung aus Bioenergie, Solar- und Geothermie wuchs dabei von 90,9 Mrd. kWh im Jahr 2007 auf 98,5 Mrd. kWh an (plus 8,4 %). Der Löwenanteil entfällt auf die Bioenergie mit 90,2 Mrd. kWh (2007: 84,2). Solarthermie und Geothermie legten gegenüber 2007 um 20 bzw. 30 Prozent zu und lieferten 2008 5,3 bzw. 3,0 Mrd. kWh Wärme.

Biokraftstoffproduktion

Der Anteil der Biokraftstoffe am Kraftstoffverbrauch brach gegenüber 2007 aufgrund der Rücknahme von Steuervergünstigungen für Biodiesel und Pflanzenöle von 7,6 auf 5,9 Prozent ein. Das entspricht einem Rückgang der Energiebereitstellung um 22 Prozent – von 46,5 Mrd. kWh im Jahr 2007 auf nunmehr 36,3 Mrd. kWh. Deutlichen Zuwachs gab es nur noch bei Bioethanol, dessen bereitgestellte Energiemenge von 3,4 auf 4,3 Mrd. kWh anstieg.



Investitionsmotor erneuerbare Energien

Der durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) vorangetriebene Ausbau der regenerativen Stromerzeugung in Deutschland bringt erhebliche Investitionen mit sich. Einer Studie für das Bundesumweltministerium zufolge werden bei der Umsetzung der aktuellen Ziele der Bundesregierung bis zum Jahr 2030 jährlich zwischen 6 und 8 Milliarden Euro investiert. Die Kosten für die einzelnen Stromkunden halten sich dabei in Grenzen. In der Studie hat das Institut für neue Energien (IfnE), Teltow, berechnet, welche kurz- und mittelfristigen Auswirkungen die zum 1. Januar 2009 in Kraft tretende Neufassung des EEG auf Vergütungen, Strompreise sowie eine Reihe weiterer Größen hat.

Trotz eines anhaltend kräftigen Anstiegs der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien von derzeit etwa 15 Prozent auf rund 30 Prozent im Jahr 2020 und rund 50 Prozent im Jahr 2030 steigen die von den Stromkunden aufzubringenden Mehrkosten (die so genannten Differenzkosten) nur noch bis etwa Mitte des kommenden Jahrzehnts leicht an. Mit einer EEG-Umlage von maximal 1,5 Cent/kWh liegt diese dann nur geringfügig über ihrem aktuellen Wert von etwa 1,2 Cent/kWh. Der Anteil des EEG am Haushaltsstrompreis dürfte dabei angesichts weiter steigender Strompreise in etwa auf seinem jetzigen Niveau (rund 5,5 Prozent) bleiben.

Die im EEG angelegte Abschmelzung der Vergütung (Degression) sowie voraussichtlich weiterhin deutlich steigende Kosten der fossilen Stromerzeugung sorgen dafür, dass Strom aus erneuerbaren Energien zunehmend frei vermarktbar wird und die Mehrkosten des EEG kontinuierlich sinken. Nach dem Gutachten liegt die EEG-Umlage 2030 nur noch bei 0,2 Cent/kWh.

Aufgrund der in den vergangenen Monaten sprunghaft gestiegenen Börsenstrompreise dürften EEG-Differenzkosten und Umlage im kommenden Jahr trotz des weiteren Ausbaus in einer ähnlichen Größenordnung wie ihr diesjähriger Wert liegen. Das EEG kann also nicht als Treiber für die von verschiedenen Stromversorgern angekündigten Preiserhöhungen verantwortlich gemacht werden.

Deutlich wird in der Untersuchung darauf hingewiesen, dass die – in der Öffentlichkeit noch meist dominierende – Betrachtung der EEG-Differenzkosten allein noch keine belastbare ökonomische Bewertung der erneuerbaren Stromerzeugung ermöglicht. Hierfür sind unter anderem auch wesentliche Nutzenwirkungen des EEG zu betrachten. Einige hiervon werden in der Studie exemplarisch untersucht: So erspart die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien der deutschen Volkswirtschaft fossile Energieimporte sowie externe Kosten, jeweils in Milliardenhöhe.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.erneuerbare-energien.de und www.bmu.de.

Pressemeldung des BMU; 12. Dezember 2008



KfW-Kredite sind Motor für Ausbau erneuerbarer Energien

Die KfW nimmt beim Ausbau der erneuerbaren Energien eine Schlüsselrolle ein. Die öffentlichrechtliche Förderbank hat im vergangenen Jahr 78 Prozent des Zubaus an Stromerzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Energien mit zinsgünstigen Darlehen gefördert. Insgesamt beliefen sich die Investitionen in erneuerbare Energien, die 2007 durch die verschiedenen KfW-Programme gefördert wurden, auf ein Volumen von fünf Mrd. Euro. Das ist das Ergebnis einer Studie des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW), die dem Handelsblatt vorliegt. Damit erweist sich die KfW-Förderung als eines der wichtigsten Instrumente zur Umsetzung der klimapolitischen Ziele der Bundesregierung.

Die Bundesregierung hat sich vorgenommen, die Strom- und Wärmeerzeugung aus Wind, Sonne, Wasser, Biomasse und Geothermie voranzutreiben. So soll der Anteil der Erneuerbaren am Stromverbrauch bis 2020 von derzeit rund 14 Prozent auf 30 Prozent erhöht werden; der Anteil der Erneuerbaren am Wärmeverbrauch von momentan rund sechs Prozent soll auf 14 Prozent steigen. Ziel ist es, durch den Ausbau der Erneuerbaren die Kohlendioxidemissionen deutlich zu senken. Im Jahr 2020 sollen Ökostrom und -wärme die deutsche Kohlendioxidbilanz im Vergleich zu 2005 um jährlich 64 Mio. Tonnen erleichtern. Zur Einordnung: Industrie und Energiewirtschaft emittieren im Moment jährlich gut 450 Mio. Tonnen.

Allein die von der KfW im vergangenen Jahr geförderten Anlagen tragen mit einer Minderung von jährlich 4,6 Mio. Tonnen mit rund sieben Prozent zur Erreichung des 64-Mio.-Tonnen-Ziels bei. Allerdings sind die Kohlendioxideinsparungen ungleich verteilt. Rund 67 Prozent der CO₂-Einsparung entfallen auf die Windenergie, nur 6,8 Prozent auf die Photovoltaik.

Die von der KfW im vergangenen Jahr geförderten Anlagen ersparten nach Berechnungen der ZSW-Forscher Energieimporte im Wert von rund 250 Mio. Euro. Über die Gesamtlaufzeit der Anlagen von 20 Jahren summiert sich dieser Wert auf fünf Mrd. Euro. Auch die Arbeitsplatzeffekte sind beachtlich: Produktion und Bau der 2007 geförderten Anlagen lösten nach Angaben des Instituts eine Beschäftigung von 16.000 direkten und 27.000 indirekten Arbeitsplätzen aus. "Somit trägt die KfW-Förderung maßgeblich zum Jobmotor erneuerbare Energien bei und erweist sich als Innovationsprogramm für eine exportorientierte Wirtschaft. Hinzu kommen weitere Arbeitsplätze durch Betrieb und Wartung der Anlagen", heißt es in der Studie. Laut ZSW profitiert insbesondere der Mittelstand: 71 Prozent der Arbeitsplätze entfallen auf kleinere und mittlere Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten, 33 Prozent auf Kleinunternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten.



Allerdings sind die Erfolge der Erneuerbaren teuer erkaufte. So kritisiert etwa das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) seit geraumer Zeit die teilweise exorbitant hohen Kosten, die mit der Schaffung eines einzelnen Arbeitsplatzes im Erneuerbare-Energien-Sektor verbunden sind. Das gilt insbesondere für Solarstrom: Nach Berechnungen des RWI wird jeder einzelne Arbeitsplatz in der Photovoltaik-Branche mit 128.900 Euro subventioniert. Jede durch Solarstrom vermiedene Tonne Kohlendioxid müsse mit 900 Euro erkaufte werden. Das RWI fordert daher eine drastische Kürzung der Einspeisevergütungen für Solarstrom. Die Einspeisevergütungen sind im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festgeschrieben: Die Anlagenbetreiber erhalten für Ökostrom, den sie ins Netz einspeisen, Vergütungen, die zum Teil erheblich über den Marktpreisen für konventionell erzeugten Strom liegen. Die Zusatzkosten werden auf die Verbraucher umgelegt. Erst die EEG-Förderung macht die Investition in erneuerbare Energien wirtschaftlich interessant. Sie ist somit auch die Basis für die Kreditprogramme der KfW.

Von Klaus Stratmann im Handelsblatt; 08. Dezember 2008

2. Forsa-Umfrage zu Erneuerbaren Energien

Im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien hat forsa die Meinungen der Bürger zu erneuerbaren Energien in der Bevölkerung ermittelt. Mit freundlicher Genehmigung der Agentur für Erneuerbare Energien geben wir Ihnen hier die wichtigsten Ergebnisse zur Kenntnis. Weitergehende Fragen richten Sie am besten direkt an die Agentur für Erneuerbare Energien. Auf deren Internetseite www.unendlich-viel-energie.de/ finden Sie gut aufgearbeitete Grafiken zu den einzelnen Umfrageergebnissen.

Für die anstehenden Kommunal- und Landtagswahlkämpfe ist die Aufschlüsselung der einzelnen Ergebnisse nach der Ortsgröße und nach dem Bundesland von Interesse. Man kann z.B. ablesen, dass in einer Stadt wie Aachen mit 250.000 Einwohnern 76 Prozent der Bevölkerung eine Windanlage in ihrer Nachbarschaft akzeptieren würden, wenn dadurch der Strom billiger würde (was ja bereits seit zwei Jahren der Fall ist), und dass es im NRW-Durchschnitt 74 % wären.

Zu den Ergebnissen im Einzelnen:

Fragenkomplex 1

Wie im Vorjahr geben gut 80 Prozent an, es sei sehr wichtig, oder sogar außerordentlich wichtig, die Erneuerbaren Energien stärker zu nutzen und auszubauen. Selbst unter den CDU-Anhängern halten 77 Prozent den Ausbau und die Nutzung der Erneuerbaren Energien für sehr wichtig bzw. sogar für außerordentlich wichtig. (SFV-Anmerkung: Hier bietet sich für die Parteien, die sich in ihrem Wahlprogramm besonders überzeugend für die Erneuerbaren Energien einsetzen, die Möglichkeit, enttäuschte Wähler von den anderen Parteien zu gewinnen.)



Fragenkomplex 2

Den Strom des eigenen Anbieters hätten am liebsten 75 % aus Erneuerbaren Energien 10 % aus Erdgas, 9 % aus Atomenergie, 4 % aus Kohle. Bei CDU und FDP ist der Anteil der Kernenergie-Anhänger etwas größer, dort sind es jeweils 15 Prozent. Von den CDU-Anhängern wünschen sich aber immer noch 71 % und von den FDP-Anhängern 65 % eine Versorgung aus Erneuerbaren Energien.

Fragenkomplex 3

Überraschend vielleicht folgende Feststellung: Wer selbst in der Nähe von Anlagen zur Energieerzeugung aus regenerativen Quellen wohnt, misst der Nutzung und dem Ausbau der erneuerbaren Energien sogar noch eine etwas höhere Bedeutung zu als der Durchschnitt der Bevölkerung.

(SFV-Anmerkung: Glücklicherweise gilt hier also nicht das sattsam bekannte St.-Florians-Prinzip, wonach man zwar die Erneuerbaren Energien wünscht, aber bitte weit entfernt - am besten offshore. Im Gegenteil - gerade bei der Windenergie, deren Ausbau in Pamphleten ihrer Gegner mit dem Schimpfwort "Verspargelung der Landschaft" belegt wird, wird von Bürgern in der Nachbarschaft von Windanlagen höher eingeschätzt als von Bürgern, die keine Erfahrung mit Windanlagen haben - und nur die meist negativen Schlagzeilen kennen).

Zur Energie-Erzeugung in der Nachbarschaft fänden sehr gut bzw. gut 76 % einen Solarpark 55 % einen Windpark 41 % ein Biomassewerk 17 % ein Gaskraftwerk 8 % ein Kohlekraftwerk 5 % ein Atomkraftwerk.

Fragenkomplex 5

Akzeptanz von Windenergieanlagen bei Kostenvorteilen Wenn der Preis für den eigenen Strom dadurch günstiger würde, dass er durch Windenergie erzeugt würde, dann würden 45 Prozent ein Windrad bzw. eine Windenergieanlage in ihrer Nachbarschaft "auf jeden Fall" und 27 Prozent "eher ja" befürworten. (SFV-Anmerkung: Insgesamt also 72 Prozent für Windanlagen in der Nachbarschaft bei Vorteilen im Strompreis. Gegenüber den 55 % aus Fragenkomplex 3 sind das 17 Prozent mehr. Daraus sollten wir die Konsequenz ziehen und immer wieder darauf hinweisen, dass die Einspeisung von Windstrom bereits heute schon den Strompreis senkt. Dazu der übernächste Beitrag zum Merit Order Effekt).

[sfv-rundmail] 31.12.2009

Umweltschutz im zweiten Arbeitsmarkt



ENERGIE-INFO

SEITE 17

Für diese Menschen ist Arbeit etwas besonderes – denn sie ist für sie auch Therapie. Durch die Arbeit vergessen sie ihre chronischen Schmerzerkrankungen, lernen ihre psychischen Ängste und ihre Menschenscheu zu überwinden, werden integriert, lernen Freunde kennen und bekommen Spaß an der Arbeit. Zudem erhalten sie auch ein Gehalt und erwerben sich damit Kranken- und Rentenversicherungsansprüche. Mehr noch: Sie haben ein gutes Gewissen, denn sie helfen Energie sparen und unser Klima retten.



In Zusammenarbeit mit dem Solarverein Trier werden in den Caritas Werkstätten Solarkollektoren in Serie hergestellt: Drei pro Tag. Dass es funktioniert, dafür garantieren Matthias Gebauer vom Solarverein in Trier mit seiner Erfahrung und Heribert Borscheid als technischer Leiter. "Solar sozial" ist ein Modellprojekt des Landes, bei dem einerseits psychisch kranke Menschen eine neue, verantwortungsvolle Aufgabe finden und auf der anderen Seite, eine nachhaltige Form der Energiegewinnung unterstützt wird.



Der Solarverein berät, plant und begleitet auch die Kunden bis der fertige Kollektor auf dem Dach ist. Wie jeder industriell gefertigte, ist auch dieser von unabhängiger Seite getestet. Sodass man eine Förderung von bis zu 105 Euro pro Quadratmeter vom Staat beantragen kann. Kaufen, kann die Kollektoren jeder. Ein Vorteil: Sie sind rund 50 Euro pro Quadratmeter billiger als die industriell hergestellten. Denn bei dem Projekt geht es nicht um Profit, sondern um zufriedene Mitarbeiter und dass möglichst viele Kollektoren aufs Dach kommen.

SWR, Im Grünen, 9.12.08



Klimaschutz: Deutsche erfolgreich

Deutschland hat 2007 wegen des milden Winters und des Ökostrom-Ausbaus noch weniger Treibhausgase produziert als der Kyoto-Klimavertrag verlangt. 2007 habe der Ausstoß um 22,4 Prozent unter dem von 1990 gelegen, teilte das Bundesumweltministerium gestern mit. Aufgrund der Vereinbarungen von Kyoto hat sich Deutschland verpflichtet, bis 2012 seine Emissionen um 21 Prozent zu kürzen. Dies gilt allerdings für den Schnitt der Jahre 2008 bis 2012. Die Daten haben dennoch im Vorfeld der Verhandlungen für das gemeinsame Klimapakett der Europäischen Union Bedeutung: Deutschland kann jetzt darauf verweisen, dass es schon mehr geleistet habe als viele andere Staaten. Die EU streitet derzeit über die Lastenverteilung des Klimaschutzes ab 2012. Eine Einigung über neue Maßnahmen ist während der Zeit des Weltklimagipfels (1. bis 12. Dezember) geplant, der in Polen stattfindet.

Rheinpfalz vom 29.11.08

C & A: Green Shopping

Mit dem Eco-Store in Mainz hat C&A nach einjähriger Komplettanierung nicht nur die CO₂-neutrale Filiale realisiert. Mit einem Primärenergiebedarf von 155 kWh/m² im Jahr übertrifft das Gebäude auch deutlich den EnEV-Anforderungswert für Neubauten.

Mit der Wiedereröffnung der Mainzer Filiale als Eco-Store wollen C&A und die Immobiliengesellschaft Redevco "Maßstäbe für das nachhaltige Gebäudemanagement von großen innerstädtischen Einzelhandelsimmobilien setzen". Das Objekt mit einer Verkaufsfläche von rund 6.500 m² stammt aus dem Jahr 1961 und ist ein Jahr lang komplett saniert worden. "Unsere Filiale wird künftig rund 50 % weniger Strom und 70 Prozent weniger Heizenergie verbrauchen und CO₂-Neutralität erreichen", erklärte C&A-Sprecher Thorsten Rolfes im Vorfeld der Eröffnung im Oktober.

Im Rahmen der architektonischen Neugestaltung des Gebäudes ließ die C&A-Schwestergesellschaft Redevco als Eigentümerin die Außenfläche nach einem Entwurf des Düsseldorfer Büros Ehrich + Vogel Architekten mit einer Vorhangfassade aus Edelstahl und Fassadenplatten versehen. Diese Front wird in Teilen durch ein zweigeschossiges, 35 Meter breites „Showcase“ sowie Paneele der neuen Photovoltaikanlage durchbrochen.

'Voraussetzung für das Energiekonzept des Eco-Stores war eine weitgehend geschlossene Gebäudehülle. Zu diesem Zweck wurden Außenfassade und Dach mit einer bis zu 16 Zentimeter dicken Dämmung versehen. Hinter der Vorhangfassade, die etwa zwei Drittel der Fläche einnimmt, beträgt die Dämmtiefe der Mineralwolle 16 Zentimeter, hinter dem Metallgewebe sind es 10 Zentimeter. Sämtliche bestehenden Fenster und Schaufenster, insgesamt 427 m², wurden gegen isolierverglaste Elemente mit thermisch getrennten Rahmen ausgetauscht. Der Einbau von zusätzlichen 78 m²



ENERGIE-INFO

SEITE 19

Schaufenstern mit Isolierverglasung erweiterte die verglaste Fläche auf 505 m². Auch der Eingangsbereich erhielt eine neue isolierverglaste Windfanganlage.

Die Wärmeversorgung des Hauses erfolgt mit umweltschonend erzeugter Fernwärme, die bei der Berechnung des Primärenergiebedarfs besonders günstig abschneidet. Nach der Sanierung liegt der Heizenergiebedarf nun bei 44,2 kWh pro Quadratmeter Bruttoverkaufsfläche pro Jahr. Er wurde gegenüber dem Wert von 98 kWh/m² vor dem Umbau mehr als halbiert und liegt um stolze 70 Prozent unter dem Durchschnittswert aller C&A Family Stores (146,1 kWh/ m²a).

Die Lüftungstechnik des Eco-Stores wurde vollkommen erneuert. Die neue Anlage arbeitet im Umluftsystem und wird die Außenluftzufuhr bei gleicher Luftqualität um 75 Prozent reduzieren. Damit erzielt die neue Gesamtlüftungsanlage eine Stromersparnis von 74 Prozent. Der Strombedarf des Hauses wird ausschließlich mit Strom aus Wasserkraft gedeckt. Zusätzlich wurde eine rund 900 m² große Photovoltaikanlage auf dem Dach und an der Fassade installiert. Sie erzeugt ca. 97.000 kWh Strom im Jahr, die ins öffentliche Netz eingespeist werden. 500 Module mit insgesamt 640 m² Fläche sind auf dem Dach installiert, 202 Module befinden sich in sieben weiteren Flächen mit zusammen knapp 260 m² Gesamtfläche an der Fassade.

Entscheidend für die Reduzierung des Energiebedarfs in einer Einzelhandelsimmobilie ist zudem ein modernes Beleuchtungskonzept. Dieses besteht im Eco-Store aus neuartigen Leuchten, deren verbesserte Effizienz eine Reduzierung der benötigten Wattleistung sowie der Leuchtenanzahl ermöglicht. In Mainz sinkt der Strombedarf der Beleuchtung damit um 38 Prozent gegenüber dem Durchschnitt aller C&A Family Stores bzw. um 30 Prozent gegenüber dem Zustand vor dem Umbau. Gleichzeitig wird deutlich weniger Wärme abgegeben, was sich wiederum positiv auf den Energiebedarf der Kühlanlage auswirkt. Er geht um knapp ein Drittel zurück.

In Summe führten die umgesetzten Maßnahmen laut Energieausweis zu einem Primärenergiebedarf von 155 kWh pro Quadratmeter Nettogrundfläche (10.056 m²) pro Jahr. Ein Wert, der deutlich unter dem EnEV-Anforderungswert für einen Neubau liegt. Für die Zeit vor dem Umbau beziffert C&A den Primärenergiebedarf des Objekts mit rund 330 kWh pro Quadratmeter Nettogrundfläche pro Jahr. Bezogen auf den Energieverbrauch pro Quadratmeter Bruttoverkaufsfläche (6.500 m²) ergibt sich im Eco-Store eine Reduzierung von 510 kWh/m²a auf 240 kWh/m²a. "Very good", lautet denn auch das Rating, das der Eco-Store bei der Zertifizierung nach BREFAM erzielte. In Mainz sei damit ein "integrales Energiekonzept entstanden, von dem wir auch für die rund 400 anderen C&A-Filialen in Deutschland lernen werden", berichtet Rolfes. Potenzial dürfte dazu genug da sein. Denn immerhin gibt C&A den durchschnittlichen Primärenergiebedarf pro Quadratmeter Bruttoverkaufsfläche aller C&A Family Stores mit 713 kWh/m²a an.

Robert Altmannshofer in facility-manager vom Dezember 2008



Baumholder knüpft Energiesparnetz

Die vor allem als US-Militärstandort bekannte Stadt Baumholder profiliert sich mit dem Projekt „Energistadt 2020“ auf einem ganz anderen Feld: Das Städtchen, in dem knapp 5000 Deutsche und circa 13.000 Amerikaner leben, will mithilfe von Kreis und Land ein großes Energiespar-Netz spinnen. Die theoretischen Ansätze reichen von der „Null-Heizkosten-Schule bis hin zum Einsatz von Elektromobilen. Weitere Ideen sollen in Arbeitskreisen entwickelt werden. Die Kommune will als Vorreiter an Einzelprojekten zeigen, was möglich ist und so immer mehr Bürger mit ins Boot holen. Für die Energiedatenbank wurden die Verbrauchsdaten der kommunalen Gebäude erhoben. Im nächsten Schritt sollen dann auch die privaten Häuser und Wohnungen erfasst werden. „2020 wollen wir in Baumholder auf jeden Fall eine höhere Energieeffizienz als im Bundesdurchschnitt haben“, sagte Landrat Axel Redmer.

Rhein-Zeitung vom 12.12.08

Haus ohne CO-Emission

Im August vergangenen Jahres unterzeichneten die Ortsgemeinde Bausendorf und die RWE Rhein-Ruhr AG einen Kooperationsvertrag zum Projekt "CO-freie Wärmepumpen-Siedlung". Das erste Haus ist inzwischen fertiggestellt. Umweltministerin Margit Conrad war gestern vor Ort und lobte das zukunftsweisende Projekt.

Johann und Nelli Prinz haben sich im Bausendorfer Neubaugebiet "Im Mühlenflur" ein Haus gebaut – kein gewöhnliches Haus, sondern ein "Energiehaus der Zukunft". Es ist das erste, das von dem Gemeinschaftsprojekt "CO-freie Wärmepumpensiedlung in Rheinland-Pfalz" profitiert.

Insgesamt 18 Baugrundstücke sind "Im Mühlenflur" für dieses Projekt vorgesehen, das vom Energiekonzern RWE gefördert wird. In dem Vertrag ist unter anderem festgelegt, dass die zukünftigen Bauherren dieser Grundstücke zur Beheizung der Häuser Wärmepumpen installieren.

Der Strom, der für den Betrieb der Pumpe benötigt wird, ist ausschließlich Ökostrom; er stammt aus regenerativen Energiequellen wie Wasserkraft. Den Strom liefert RWE und zahlt jedem Bauherren 4000 Euro auf die Hand. Außerdem wird der normalerweise teurere Ökostrom zum Normalpreis an die Häuslebauer abgegeben. Der Bauherr muss sich allerdings fünf Jahre an RWE als Stromlieferant binden. Ferner wird kostenlos eine innovative Mess- und Zählertechnik ("Smart Metering") montiert. Damit können die Hausbewohner sowohl den Stromverbrauch für die Wärmepumpe wie auch für den Haushaltsstromverbrauch jederzeit überprüfen.



Umweltministerin Conrad sagte gestern bei der Vorstellung: "Dieses Energiehaus hat wirklich Zukunft. Seine Lage in der Wärmepumpensiedlung demonstriert, dass Wohngebäude, die ohne Fossilenergie auskommen, schon jetzt wirtschaftlich sind. Das Konzept überzeugt auch deshalb, weil die Gebäudenutzer dank ihres Zählers genau wissen, wie viel Strom sie verbrauchen."

Conrad ermutigte auch andere Gemeinden, solche Energiekonzepte auf den Weg zu bringen.

Bislang hat sich erst die Familie Prinz für das Projekt entschieden. Die 17 anderen Grundstücke, davon gehören 14 der Ortsgemeinde, sind noch nicht verkauft. Ortsbürgermeister Ossi Steinmetz ist allerdings zuversichtlich, dass es bald Interessenten geben werde: "Gespräche laufen bereits."

Landrätin Beate Läsch-Weber beglückwünschte die Gemeinde Bausendorf und die Familie Prinz: "Sie gehen voran, und viele werden folgen." Otto Maria Bastgen, Bürgermeister der VG Kröv-Bausendorf, sprach von einem Vorzeigeprojekt. Es zeige, was in Zukunft hinsichtlich Energieeffizienz bei Gebäuden möglich sei. Achim Südmeier (Vertriebsvorstand RWE Rhein-Ruhr) sagte: "Die Energielandschaft wird sich in den kommenden Jahren gravierend ändern. Energieeffizienz ist zu einem wichtigen Geschäftsfeld geworden."

Bemerkung: Sicherlich ist nicht CO, sondern CO₂ gemeint. Aber so stand es im Internet.

Triererischer Volksfreund vom 4.11.08

Mieter müssen Einbau sparsamer Heizung dulden

Mieter müssen grundsätzlich den Einbau energiesparender Heizungstechnik dulden. Das gilt nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) auch, wenn damit keine Verringerung ihres Verbrauchs verbunden ist. Nur in dem Fall, wenn nach der Modernisierung ein unzumutbarer Zuschlag dafür fällig wird, kann sich der Mieter weigern.

Ein 1920 erbautes Mehrfamilienhaus in Berlin sollte an das Fernwärmenetz angeschlossen und die bisherige Gasetagenheizung abgebaut werden. Der Vermieter forderte dafür die Zustimmung der Mieter.

Diese widersprachen jedoch, weil sie einen Modernisierungszuschlag befürchteten. Der Vermieter erklärte daraufhin, auf einen solchen Zuschlag zu verzichten, was die Mieter jedoch nicht umstimmte. Auch dann, wenn kein Zuschlag fällig werde, könne nach dem Einbau der Fernwärmeheizung eine Mieterhöhung nach der ortsüblichen Miete verlangt werden, begründeten sie ihre Weigerung.



Wie bereits das Landgericht Berlin zuvor, so wies auch der BGH diese Argumentation zurück. Nach dem Gesetz müsse der Mieter Modernisierungen zur Energieeinsparung dulden. Da eine Fernwärmeheizung aus Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung weniger Energie verbrauche, sei die Voraussetzung erfüllt. Der Mieter ist nach dem Urteil der Karlsruher Richter aber nicht wehrlos. Er könne widersprechen, wenn der Modernisierungszuschlag für ihn eine unzumutbare Härte bedeute. Das sei im vorliegenden Fall jedoch auszuschließen, da auf den Zuschlag verzichtet wurde.

Den Einwand der Mieter, es könne eine Erhöhung entsprechend der orts üblichen Miete erfolgen, wies der BGH zurück. Eine theoretisch mögliche Anpassung an die Vergleichsmiete sei bei der Härtefallprüfung nicht zu berücksichtigen. Auch wenn ein Vermieter den Modernisierungszuschlag verlange, werde nur dieser geprüft, nicht aber eine etwaige Mieterhöhung auf Grundlage von Vergleichsmieten (Aktenzeichen: BGH, VIII ZR 275107). (ap)

Rheinpfalz vom 5.12.08

LED-Straßenlampen Ende 2008 verfügbar

Die deutschen Unternehmen Autev AG und HarzOptics haben angekündigt, dass man bei der gemeinsamen Entwicklung einer Straßenbeleuchtung auf LED-Basis kurz vor der Serienproduktion steht. Seit zwei Jahren arbeiten die Unternehmen an der LED-Straßenlampe <http://www.led-strassenlampe.de> und wollen bereits Ende 2008 ein fertiges kommerzielles Produkt auf den Markt bringen. Als großen Vorteil streichen die Entwickler den niedrigen Stromverbrauch hervor. Zudem seien sie aufgrund der Lichtpulsung besonders insektenfreundlich und würden durch den flexibel einstellbaren LED-Flügel den Lichtsmog minimieren.

Der Wissenschaftler Nils Haferkemper vom Institut für Elektromechanische Konstruktionen an der TU Darmstadt führt gegenüber pressetext außerdem noch den Sicherheitsvorteil der LED-Technologie bei der Beleuchtung von Straßen an. Im weißen Licht wären Farben besser erkennbar. "LED-Lampen lassen sich zudem stufenlos von null bis 100 Prozent dimmen", so Haferkemper. Damit könnte man die Beleuchtung beispielsweise an Ampelphasen koppeln und die Helligkeit je nach Bedarf anpassen.

Das Kostenargument ist einer der größten Trümpfe der LED-Technologie. Über den besonders geringen Stromverbrauch haben Städte und Kommunen die Chance auf eine deutliche Senkung ihrer Betriebskosten. Außerdem werde dadurch auch der Ausstoß an CO₂ reduziert. Damit tragen die Lampen in Zeiten stetig steigender Energiepreise zur Entlastung städtischer und kommunaler Haushalte bei und würden gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten, so die Entwickler. Die Beleuchtung von Straßen sowie öffentlichen Plätzen macht in Deutschland rund zehn Prozent des gesamten Stromverbrauchs aus, rechneten im Juli Forscher der TU Darmstadt in einer Studie vor.



Eine wesentliche Eigenschaft der "AuLED" genannten Entwicklung sind die beweglichen LED-Seitenflächen, auf denen zwei Drittel der Halbleiterelemente installiert sind. Der flexible Lampenkopf gestattet es, die Abstrahlcharakteristika für jede Lampe individuell festzulegen, wodurch sich die Lampen in Abhängigkeit von Masthöhe und -abstand so konfigurieren lassen, dass das Licht nur dorthin fällt, wo es auch benötigt wird. Diese intelligente Lichtplanung hilft nicht nur bei der Vermeidung von überflüssigem Lichtmog. Sie ermöglicht es zudem, die Anzahl der Lichtpunkte zu minimieren und auf diese Weise die Investitionskosten zu senken.

presstext.deutschland vom 31.10.08

Kombination aus Verbrennungsmotor und Dampfmaschine

Einen ganz besonderen Hybridmotor, nämlich eine Kombination aus einem herkömmlichen Verbrennungsmotor und einer Dampfmaschine, hat der Kfz-Meister Uwe Hansen aus dem Luftkurort Albersdorf im Kreis Dithmarschen entwickelt. Weltweite Patente sind angemeldet. Hansens Erfindung hat den Vorteil, dass die herkömmlichen Verbrennungsmotoren weiterhin einsetzbar sind; man muss sie nur leicht modifizieren und um Hansens Wärmetauscher ergänzen. Der Erfinder sagt: „Bei gleicher Leistung wird der Verbrauch halbiert.“ Das wäre in der Tat ein gewaltiger Fortschritt; man könnte billiger Auto fahren und würde die weltweiten Ölvorräte schonen.

Das Prinzip beruht auf einem umgebauten Vierzylinder-Motor, dessen vierter Zylinder als Dampfmaschine arbeitet. Die anderen drei Zylinder werden wie üblich mit Treibstoff angetrieben. Die Energie für die Dampfmaschine entstammt den heißen Abgasen, die sonst ungenutzt durch den Auspuff entweichen. Stattdessen durchlaufen sie einen von Hansen entwickelten Wärmetauscher aus einem spiralförmig gewickelten Metallrohr, in dessen geschlossenem Kreislauf Butan zirkuliert. Die Abgase heizen das Butan auf, sodass es gasförmig wird; so strömt es in den vierten Zylinder und treibt ihn an. Anstelle des Wasserdampfes einer gewöhnlichen Dampfmaschine wird also erhitztes Butan verwendet. Alle vier Zylinder übertragen ihre Kraft auf dieselbe Kurbelwelle.

Auszug aus <http://erfindungen.coart.de/ArchivfrErfindungen/hybridmotor> (mit Video)



Energiesparender Ersteinsatz: Mit Supraleitern Metalle erhitzen

Minden. Um Heizungsrohre aus Kupfer oder Fensterrahmen aus Aluminium in Form zu bringen, müssen die Metalle bei Temperaturen von bis zu 1.000 Grad weich gemacht werden. "Dieser Schritt in der Metallverarbeitung verbraucht enorm viel Energie", weiß Dr. Fritz Brickwedde, Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU). Dass sich davon in Zukunft mehr als die Hälfte einsparen lasse, zeige ein Induktionsheizer mit Hochtemperatursupraleitern (HTS). Von den mittelständischen Firmen Zenergy (Rheinbach) und Bültmann (Neuenrade) wurde die Anlage in den letzten drei Jahren entwickelt - unterstützt von der DBU mit knapp 600.000 Euro. Auf der Hannover Messe im April wurden beide Firmen dafür mit dem Hermes Award ausgezeichnet, dem weltweit größten Technologiepreis (100.000 Euro). Seit Juli ist der HTS-Induktionsheizer beim Mittelständler weseralu (Minden), einem Profilpresswerk für Metalle, im Einsatz, wo er "alle Erwartungen übertrifft", so Brickwedde, der das Werk heute besuchte.

"Zum ersten Mal überhaupt werden Hochtemperatursupraleiter kommerziell in der Industrie angewendet: von Weseralu und unseren Projektpartnern, die eine Anlage im Herbst 2007 an das Presswerk verkauft haben", erklärte Brickwedde begeistert. Die keramischen Materialien, aus denen HTS-Leiter bestehen, ließen sich in der Vergangenheit nur aufwändig nutzbar machen. "Deutsche Mittelständler haben hier eine weltweit einmalige, herausragende Innovationsleistung erbracht!"

In nur 75 Sekunden lasse sich ein Aluminiumblock mit der neuen Technik erhitzen. "Vorher dauerte das zweieinhalb Minuten", berichtete Heinz Hagemann, geschäftsführender Gesellschafter von Weseralu. "Durch den verkürzten Heizprozess können die Metalle jetzt doppelt so schnell weiterverarbeitet werden, und wir haben unsere Produktivität um 25 Prozent verbessert." Darüber hinaus verbrauche die neue Anlage nur halb so viel Strom wie eine konventionelle. Damit spare Weseralu pro Jahr 50.000 Euro Energiekosten und verhindere den Ausstoß von 380 Tonnen des klimaschädlichen Treibhausgases Kohlendioxid.

"Das Verfahren verspricht eine grundlegende Wende in der metallverarbeitenden Industrie: Schließlich entfallen bis zu fünf Prozent des gesamten Strombedarfs in einigen Industrieländern auf den Betrieb konventioneller Induktionsöfen", sagte Brickwedde. "Die DBU ist stolz darauf, diese umweltschonende und bahnbrechende Innovation durch ihre Finanzspritze auf den Weg gebracht zu haben!"

Eine Tagung zum Thema "Hochtemperatursupraleiter in Versorgungssystemen 2010+ - Beiträge zur Netzstabilität und Effizienz" soll im März 2009 im Zentrum für Umweltkommunikation der DBU stattfinden.

Franz-Georg Elpers, Pressestelle Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) 05.11.2008



Trier: Solaranlage ausgehandelt und genehmigt

Die Kreisverwaltung Trier-Saarburg hat gestern die Baugenehmigung für die auf der Kenner Sang geplante Groß-Solaranlage erteilt. Der genehmigte Plan entspricht den Forderungen des Vereins "Naherholung Ruwer" und stellt eine Kompromisslösung dar. Voraussichtlich soll im März 2009 mit dem Bau begonnen werden.

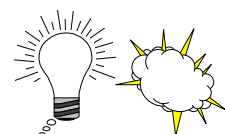
Ursprünglich plante die Trierer Bürgerservice GmbH in Kooperation mit der Münchener Phoenix AG auf der Kenner Sang eine über 20 Hektar umfassende 7,5-Megawatt-Solaranlage mit rund 100 000 Solarmodulen. Die Fläche gehört zur Gemarkung Longuich und ist Eigentum der Gemeinde Kenn, die als Verpächterin auftritt.

Das Sonnenkraftwerk hätte nach dieser Planung fast die Gesamtfläche der Sang bedeckt - von der B 52 nach Hermeskeil im Osten bis direkt vor die Trierer Stadtgrenze oberhalb von Trier-Ruwer. Für viele Ruwerer gilt die Sang jedoch als Naherholungsgebiet und als beliebter Durchgang zum Longuicher Wald. Allein der Gedanke, das alles könnte demnächst mit aufgeständerten schwarzen Solarmodulen zugestellt sein, löste in Ruwer Unverständnis und Ärger aus, zumal auch Auswirkungen auf das örtliche Klima befürchtet wurden.

Nach der Vorstellung der Planung im März bildete sich eine Bürgerinitiative, aus der der Verein "Naherholung Ruwer" hervorging. Zunächst war es sein erklärtes Ziel, die Anlage ganz zu verhindern. Auch als die Projektträger im Frühsommer den Umfang der Anlage leicht reduzierten, blieben die Gegner hart. Schützenhilfe erhielten sie vom Ortsbeirat Trier-Ruwer, der sich einstimmig gegen das Projekt ausgesprochen hatte, sowie aus dem Trierer Rathaus. Die Stadt sei in keiner Weise in die Planung eingebunden, ja nicht einmal informiert worden, klagten Oberbürgermeister Klaus Jensen und Baudezernentin Simone Kaes-Torchiani.

Da die Gegenseite jedoch an ihrer Planung festhielt, drohte der Verein "Naherholung" schließlich mit einer gerichtlichen Auseinandersetzung. Gleichzeitig suchte er das Gespräch mit der Bürgerservice GmbH. Nach mehreren Verhandlungsrunden, an denen auch der Trierer Oberbürgermeister und die Baudezernentin teilnahmen, kam eine erste Kompromissidee zustande. Danach sollte die Anlage weiter reduziert und in ein landschaftlich gestaltetes Umfeld eingebunden werden. Außerdem sollte dem Verein von der Bürgerservice GmbH ein 68.000 Euro-Budget für weitere Gestaltungsmaßnahmen eingeräumt werden.

Dieses Angebot wurde jedoch in einer Mitglieder-Versammlung des Vereins mitsamt dem Budget abgelehnt. Man wolle sich nicht kaufen lassen, hieß es. Stattdessen forderte man nun am westlichen, zu Ruwer gelegenen Rand der Anlage, einen 100 Meter breiten Grünstreifen mit Bepflanzung. Dazu, wie schon angeboten, einen Rundumpflanzen-Sichtschutz sowie Wanderwege um das Solarkraftwerk.



Nach erneuten Verhandlungen einigten sich Verein und Bürgerservice, diese Version der Anlage im gestern genehmigten Bauantrag festzuschreiben. Die Münchener Phoenix AG wird nun mit der technischen Neuplanung für das auf 5,5 Megawatt Leistung reduzierte Solarkraftwerk beginnen.

Triererischer Volksfreund vom 14.11.08

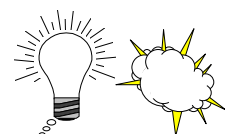
Methan-Emission von Biogasanlagen

Methan ist ein wesentlich aggressiveres Treibhausgas als Kohlendioxid. Und die Methan-Emissionen vieler Biogasanlagen sind so hoch, dass sie den (via CO₂-Einsparung) angestrebten positiven Effekt aufs Klima konterkarieren. Das liegt vor allem daran, dass bei einem Großteil der rund 4.000 deutschen bzw. 90 rheinland-pfälzischen Anlagen die sogenannten Gärrest-Lager nicht abgedeckt sind. Beträchtliche Restmengen Methan entweichen so in die Atmosphäre.

Will ein Land- bzw. Energiewirt seine Anlage entsprechend nachrüsten, muss er, je nach Größe der Lager, mit Kosten bis zu 80 000 Euro rechnen. Das Methanproblem entsteht vor allem bei pflanzlichen Substraten wie etwa beim seiner hohen Gasausbeute wegen sehr beliebten Mais: Auf dem Feld emittiert er kein Treibhausgas – als offener gelagerter Gärrest dagegen sehr wohl. Ganz anders Gülle: In Lagern und auf Feldern ist sie eine ständige Methanquelle – daher wäre ihr verstärkter Einsatz als Biogas-Substrat unter Klimaschutzaspekten höchst wünschenswert.

Im Januar 2009 tritt das novellierte EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) in Kraft. Die in Sachen Biomasse relevanten Änderungen basieren zum großen Teil auf Vorschlägen, die das IFEU in seiner Studie unterbreitet hat. Für die Betreiber von Biogasanlagen bietet das Gesetz verschiedene Anreize; zur Grundvergütung kommen diverse sogenannte Boni hinzu. Den NawaRo-Bonus (Nachwachsende Rohstoffe, dazu zählt auch Gülle) beispielsweise gibt's künftig nur noch für Anlagen mit gasdicht abgedecktem Gärrest-Lager. Hinzu kommen weitere Boni; der Technologie-Bonus belohnt innovative Anlagen-Technik. Der KWK-Bonus (Kraft-Wärme-Kopplung) wird gewährt, wenn die im Fermentations- bzw. Stromerzeugungsprozess entstehende Wärme auf ganz bestimmte Art und Weise genutzt wird (Positiv- bzw. Negativliste).

Wie schon vor der Novellierung erhalten Betreiber von Biogasanlagen eine definite Grundvergütung pro kWh. Diese wurde nun für kleine Anlagen geringfügig erhöht, für größere Anlagen geringfügig gesenkt. Das belohnt gewissermaßen die Betreiber kleiner Anlagen, weil diese konstruktionsbedingt mehr Gülle einsetzen können. Biogasanlagen dienen also der Stromerzeugung und als Wärmequelle. Darüber hinaus kann Biogas auch ins Gas-Netz eingespeist werden – und somit auf lange Frist eine Alternative zum Erdgas bieten. Noch gibt es allerdings Probleme. Um qualitativ mit Erdgas konkurrieren zu können, muss Biogas aufwendig gereinigt werden. Das wiederum kostet Energie. Noch rentiert sich die Einspeisung ins Gasnetz nur für sehr große Anlagen.



Die Biogasanlagen der Zukunft sollen allerdings noch mehr können, als nur möglichst effizient Strom, Wärme oder Erdgas-Ersatz aus Biomasse zu erzeugen. Eine solche Anlage der sogenannten zweiten Generation wurde gerade auf einem Hof in pfälzischen Wallhalben gebaut und geht in diesen Tagen in Betrieb. Das Besondere: Hier sollen vor der Vergärung wertvolle Stoffe aus der Biomasse herausgefiltert werden, z.B. zur Herstellung von Polymeren.

<http://www.swr.de/im-gruenen-rp/-/id=100810/nid=100810/did=4039884/1rpofkq/index.html> ;
11.11.08

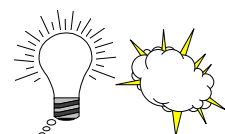
Biomasse ist Energiequelle mit Zukunft

Biomasse hat eine große Zukunft als Energiequelle der Menschheit. Das erklärt das von der Bundesregierung eingerichtete wissenschaftliche Beratergremium, der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU), in seinem neuen Gutachten. So könnten allein Abfälle und Reststoffe zehn Prozent des Weltenergiebedarfs decken, Energiepflanzen eine ähnliche Größenordnung, meinen die Forscher. Allerdings kommt es darauf an, die Rohstoffe nachhaltig anzubauen.

Bei der Vorstellung des Gutachtens in Berlin gab es allerdings einen Rüffel für die Biosprit-Strategie der Regierung. Diese musste ihr Vorhaben schon einige Male modifizieren: Im Frühjahr begrub sie den Plan, die Beimischung von Bioethanol im Benzin zu erhöhen, weil ältere Motoren das Gemisch nicht vertragen. Im Oktober senkte das Kabinett wegen Konkurrenzen mit der Nahrungsmittelproduktion auch die Fernziele. Und nun raten die eigenen Gutachter, ganz aus der Förderung von Biosprit auszusteigen. Er sei für den Klimaschutz teils sogar schädlich.

Bei der Präsentation der Ausarbeitung des Wissenschaftlichen Beirats kam es zum offenen Streit mit Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD). Der Kasseler Professor Jürgen Schmid sagte, wenn Biomasse für die Stromerzeugung verbrannt werde, am besten mit Kraft-Wärme-Kopplung, habe sie die höchste Klimaschutzwirkung. Auch für die Heizung sei sie für eine Übergangszeit sinnvoll.

Biokraftstoffe wie Biodiesel aus Raps oder Bioethanol aus Mais für Kraftfahrzeuge könnten allerdings mehr Treibhausgase freisetzen als fossile Träger. Schon durch die Umwandlung in Biosprit gehe die Hälfte des Energiegehalts verloren. Hinzu kommen ihm zufolge indirekte Landnutzungsänderungen, also die Beseitigung von Tropenwald oder Mooren als indirekte Folge des Bioanbaus. Das sei auch bei Treibstoffen der zweiten Generation nicht besser. Der Rat des Professors: Die Regierung soll besser auf die Elektromobilität setzen.



Gabriel widersprach heftig: "Wir sind da ganz anderer Auffassung." Erstens sei die Förderung des Biosprits neuerdings an den Nachweis gekoppelt, dass dafür nicht Naturflächen zerstört werden. Zweitens sei die nächste Generation von Biokraftstoffen, wenn sie aus Klärschlämmen und Abfällen gewonnen werden, sehr wohl klimatisch günstiger. Und drittens berechne man nur die CO₂-Nettobilanz der Kraftstoffe. "Wir werden die Strategie nicht ändern", machte Gabriel klar.

Hintergrund: Die Biokraftstoffe sind ein wichtiger Baustein in der Klimastrategie der Bundesregierung. Auch sollen die Beimischungen der Autoindustrie helfen, die von der EU verringerten CO₂-Werte zu erreichen.

Dass es im Kabinett trotzdem keine Einigkeit in dieser Frage gibt, zeigte die Äußerung der Staatssekretärin im Entwicklungshilfeministerium, Karin Kortmann (SPD). Zwar seien die Beimischungsziele bereits reduziert, sagte sie, doch gefährde der Biosprit immer noch die Ernährung in ärmeren Ländern, solange die nachhaltige Herstellung nicht wirklich gesichert ist. Auch Schmid sprach von einer "außerordentlich hohen" Gefahr des Missbrauchs.

Die Gutachter erteilten Gräsern, Holz und mehrjährigen tropischen Pflanzen wie Zuckerrohr und Ölpalmen in der Energiebilanz die besten Noten, sofern sie auf Brachflächen gezogen werden. Derzeit werden jedoch noch 90 Prozent der weltweiten Bioenergie als Holz oder Dung in den Entwicklungsländern zum Heizen und Kochen auf oft sehr einfachen Öfen verbraucht. Hier seien schon der Gesundheit zuliebe Hilfen nötig.

Rhein-Zeitung vom 4.12.08

Erneuerbare Energien gebremst

Die nachlassende Nachfrage nach Biosprit hat das Wachstum der erneuerbaren Energien in Deutschland gebremst.

Im vergangenen Jahr wurden 9,6 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland aus regenerativen Quellen gewonnen, wie der Bundesverband erneuerbare Energien (BEE) gestern in Berlin mitteilte. Das war exakt derselbe Anteil wie im Vorjahr. In den Jahren zuvor war der Anteil der erneuerbaren Energien meist deutlich gewachsen.

Bei den Biokraftstoffen sank die Produktion im vergangenen Jahr um 22 Prozent. Der Anteil an Biosprit am gesamten Kraftstoffverbrauch fiel von 7,6 Prozent auf 5,9 Prozent. Grund war nach Angaben des Verbands vor allem die Einführung einer Besteuerung von Biodiesel. In den vergangenen Jahren hatten Autofahrer teils noch Biodiesel in Reinform getankt, weil dies durch die vorherige Steuerbefreiung rentabel war.



Bei der Stromerzeugung dagegen werden erneuerbare Energien weiterhin immer wichtiger. Aus Wind-, Sonnen- und Wasserkraft sowie Bioenergie und Erdwärme wurde im vergangenen Jahr ein Anteil von 15,3 Prozent des deutschen Stroms produziert. Das waren 0,8 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Der weitaus größte Anteil fiel dabei auf die Windenergie. Dahinter folgten die Bioenergie, dann die Wasserkraft. Sonnenenergie macht hierzulande immer noch nur einen kleinen Teil aus, sie verzeichnete aber mit einem Zuwachs von 40 Prozent das größte Plus. Bei der Wärmeerzeugung stieg der Anteil der erneuerbaren Energien von 6,8 Prozent auf 7,3 Prozent. Hier wurde der weitest- aus größte Teil aus Bioenergie gewonnen.

Rheinpfalz vom 8.1.09

Bei Schulsanierungen Energie sparen

Viele der insgesamt 1750 Schulen im Land sind in den 1950er und 60er Jahren gebaut worden und müssen renoviert werden. Das Umweltministerium und das Bildungsministerium starten deshalb ein neues Pilotprojekt mit dem Ziel, die Schulen möglichst energiesparend zu sanieren.

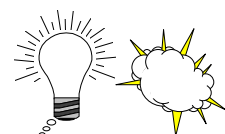
Viele der insgesamt 1750 Schulen im Land sind in den 1950er und 60er Jahren gebaut worden und müssen renoviert werden. Das Umweltministerium und das Bildungsministerium starten deshalb ein neues Pilotprojekt mit dem Ziel, die Schulen möglichst energiesparend zu sanieren.

In einer von der rheinland-pfälzischen Umweltministerin Margit Conrad (SPD) beauftragten Studie haben die Fachhochschule Kaiserslautern und die Lugowe Consult, ein Tochterunternehmen der Wohnungsgesellschaft des Chemie-Riesen BASF, fünf für Rheinland-Pfalz typische Schulgebäude untersucht.

Darunter befanden sich aus der Region Trier die Grundschule Birresborn und die Haupt- und Realschule Neumagen-Dhron.

Die Analyse soll aufzeigen, ob eine "Null-Heizkosten-Schule" auch wirtschaftlich sinnvoll ist. Bei verschiedenen Sanierungsvarianten (Mindeststandard nach Energieeinsparverordnung, gehobener Standard, bester Standard) wurde jeweils der künftige Heizenergiebedarf ermittelt und es wurden die Energiekosten berechnet. Dabei wurden die Gesamtkosten über 25 Jahre betrachtet.

Ergebnis: Der bessere Energiestandard ist zugleich auch der wirtschaftlichste.



Bei der besten energetischen Sanierung könnten der Studie zufolge im Schnitt 56 Prozent Energiekosten gespart werden. Außerdem würden sich das Wohlbefinden und die Raumluftqualität in den Schulen bei einer hohen Sanierungsqualität enorm erhöhen. Für die Schüler ergäbe sich bei fortschrittlichen Entlüftungssystem eine deutlich verbesserte Konzentrationsfähigkeit.

"Wenn man anspruchsvoll saniert, rechnet sich das. Man sollte also klotzen statt kleckern", resümiert Prof. Wolfgang Schreiber von der FH Kaiserslautern. Umweltministerin Conrad fordert, bei anstehenden Sanierungen "nicht nur die Investitions-, sondern auch die Unterhaltungskosten zu berücksichtigen". Das gelte für alle (öffentlichen) Gebäude und in besonderer Weise für Schulen, die sich sehr gut für Photovoltaikanlagen auf den Dächern eignen würden. Rheinland-Pfalz strebe an, das energie-effizienteste Bundesland zu werden. Gerade in Zeiten konjunktureller Schwäche seien energiesparende Investitionen ein Gewinn: "Klimaschutz schafft Arbeitsplätze."

Nach Ansicht von Staatssekretärin Vera Reiß vom Bildungsministerium "zeigt die Studie eindrucksvoll, dass ein Umdenken lohnt". Die Schulträger müssten trotz leerer Kassen "nachdenklich werden", verlangt sie. Reiß verweist auf mögliche Zuschüsse aus dem Schulbauprogramm zumindest für geplante Schul-Neubauten.

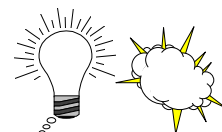
Ein Symposium für Schulsanierungen in Rheinland-Pfalz der FH Kaiserslautern mit Unterstützung beider Ministerien greift das Thema am 4./5. Dezember praxisnah auf und wirbt für die Umsetzung. Eingeladen sind Schulen, Schulträger, Bauämter, Architekten und Ingenieure.

Triererischer Volksfreund vom 24.11.08

Rote Karte für die Stromriesen

Zehn Jahre nach dem Ende der staatlichen Strommonopole hat der Bundesgerichtshof gestern festgestellt: "Auf dem deutschen Strommarkt herrscht noch kein freier Wettbewerb." In deutlichen Worten bescheinigten die Karlsruher Bundesrichter den Marktführern Eon und RWE darüber hinaus, dass sie ein "marktbeherrschendes Oligopol" bilden. Deshalb seien weitere Zusammenschlüsse von Stromerzeugern zu untersagen.

Die Entscheidung bedeutet für Eon und vermutlich für RWE ein Stoppschild beim Versuch, ihre marktbeherrschende Stellung auszubauen. Für das Bundeskartellamt stellt der höchstrichterliche Donnerschlag hingegen einen großen Sieg dar: Die Aufsichtsbehörde kann, gestützt auf die höchstrichterliche Entscheidung, nun wesentlich leichter gegen Versuche der Stromriesen vorgehen, den Markt vor Konkurrenten abzuschotten. Jörg Nothdurft, Vertreter des Bundeskartellamts, sprach daher von einem "Erfolg für die Verbraucher". Der BGH habe einen "Bremsklotz beiseite geräumt", mit dem der Wettbewerb auf dem deutschen Markt verhindert werden solle. Es müsse darüber hinaus aber auch noch an anderen Stellen "genagt" werden.



Der Streit, der jetzt zu dem Karlsruher Grundsatzurteil führte, klingt zunächst geringfügig. Hinter dem Vorhaben steckte freilich mehr, eine ganze Unternehmensstrategie. Eon wollte bei den Stadtwerken Eschwege mit einer Minderheitsbeteiligung einsteigen. Das Bundeskartellamt untersagte 2003 den geplanten Zusammenschluss. Dagegen ging der Stromriese gerichtlich vor, scheiterte aber sowohl vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf als nun auch in letzter Instanz vor dem BGH.

Der Kartellsenat des BGH stellte fest: Die Marktführer wollten "an zahlreichen Stadtwerken oder sonstigen Stromversorgern Minderheitsbeteiligungen erwerben, um auf diese Weise ihre Absatzgebiete zu sichern". Das bedeutet nichts anderes als dass die früher staatlich geduldeten Monopolisten versuchten, die Liberalisierung des Strommarktes zu unterlaufen.

Rheinpfalz vom 12.11.08

Energie Südwest lagert Gasgeschäft aus

Wirbel um Landaus Energieversorger: Das Kartellamt hat Bedenken dagegen, dass die Saar Ferngas AG die Mehrheit an dem Unternehmen erhält, solange der deutsche Gasmarkt nicht liberalisiert ist. Deshalb wird nun eine eigene Gasvertriebsgesellschaft gegründet, die zu 90 Prozent der Stadt gehört.

Alles war so schön ausgetüftelt. Vor vier Jahren hatte die Vattenfall AG als Rechtsnachfolgerin der Bewag signalisiert, dass sie sich gerne von ihrer Mehrheitsbeteiligung an der Energie Südwest AG in Landau trennen möchte und einen Käufer für ihren 51-Prozent-Anteil an dem Unternehmen sucht. Mit der Saar Ferngas AG war ein solcher schnell gefunden. Die Saarbrücker übernahmen zunächst 10 Prozent der Anteile an dem Landauer Energieversorger, 41 Prozent behielt die Vattenfall-Tochter Gasag. 49 Prozent hält die Landauer kommunale Betriebsgesellschaft Stadtholding. Bis Ende 2008, so lauteten die Pläne, sollte der Gasag-Batzen vollständig an die Saar Ferngas fallen.

Doch das Bundeskartellamt hob jetzt mahrend den Finger. Solange der Gasmarkt in Deutschland nicht liberalisiert sei, befanden die Wächter der Marktwirtschaft, könne ein Lieferant des kostbaren Rohstoffs gar nicht in diesem Umfang in ein Versorgungsunternehmen einsteigen. Um ihre Kooperation zu retten, haben daher die Stadt Landau und die Saar Ferngas ein Modell entwickelt, dessen Kernpunkt die Gründung einer Gasvertriebsgesellschaft ist.



ENERGIE-INFO

SEITE 32

Sie soll zu 90 Prozent der Stadtholding und zu 10 Prozent der Saar Ferngas gehören und würde das Geschäft mit Erdgas abwickeln. Der Energie Südwest AG blieben Strom, Wasser und Fernwärme. Die unternehmerische Steuerung für beide Firmen bliebe beim Vorstandschef der Energie Südwest. Ein siebenköpfiger Aufsichtsrat würde gebildet, dem jene sechs Vertreter angehören, die von der Stadt auch in das zwölfköpfige Kontrollgremium der Energie Südwest entsandt wurden.

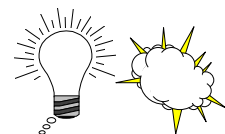
Bürgermeister Thomas Hirsch, in Personalunion Geschäftsführer der Stadtholding, bestätigte auf RHEINPFALZ-Anfrage gestern die Pläne, die er im Dezember dem Hauptausschuss und dem Stadtrat präsentieren will. Es sei eine Übergangslösung, so Hirsch. Die neue Gesellschaft soll eine Brücke bilden, bis der deutsche Gasmarkt liberalisiert ist und kartellrechtliche Einwände entfallen. Dann soll die Saar Ferngas AG zunächst weitere Anteile an der Gasvertriebs-Gesellschaft kaufen, bevor eine Verschmelzung mit der "Mutter" Energie Südwest erfolgen kann.

Kosten soll der 90-prozentige Anteil an der neuen Gasvertriebs-Gesellschaft knapp 3,5 Millionen Euro. Davon stammen 1,3 Millionen aus einer Gewinnausschüttung der Energie Südwest, der Rest aus einem zinsüblichen Darlehen der Saar Ferngas. Eigenmittel der Stadtholding, so sieht es das Modell vor, müssen nicht eingesetzt werden. Landau habe davon nur Vorteile, unterstrich Hirsch. "Saar Ferngas bleibt unser Wunschpartner und wir erwarten uns von der weiteren Zusammenarbeit Vorteile für unser gemeinsames Unternehmen."

Die Stadt Landau hängt finanziell am Tropf der Energie Südwest AG. Im vergangenen Jahr überwies das Unternehmen 1,9 Millionen Euro an den 49-Prozent-Anteilseigner Stadtholding. Damit finanziert sie ihre Verlustbringer Festhalle, zwei Schwimmbäder und Kulturzentrum Altes Kaufhaus.

Nach Angaben Hirschs hat die Stadt durch das neue Geschäftsmodell keine wirtschaftlichen Nachteile, obwohl die Dividende der Energie Südwest wegen der Auslagerung des Gasgeschäfts sinkt. Es sei vereinbart, dass auf das Konto der Stadtholding bis zur Rückabwicklung der Anteile eine halbe Million Euro fließen. Erzielt die neue Gasgesellschaft einen niedrigeren Gewinn, gleicht die Saar Ferngas die Differenz aus, ist der Gewinn höher, darf die Stadtholding laut Hirsch das Geld behalten. Das Fazit des Bürgermeisters: "Wir fühlen uns sehr fair behandelt."

Rheinpfalz vom 26.11.08



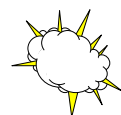
"Handeln statt begutachten, Herr Minister. Keine neuen Kohlekraftwerke mehr"

Zu den Ergebnissen der energiepolitischen "Leitstudie 2008" – erstellt und veröffentlicht am 16. Oktober vom Zentrum für Luft- und Raumfahrt im Auftrag des Umweltministeriums – erklärt Klaus Brunsmeier, stellv. Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND):

"Nun hat Umweltminister Sigmar Gabriel mit der „Leitstudie 2008“ schon wieder ein Gutachten vorliegen, das belegt, dass Deutschland seine Klimaziele mit neuen Kohlekraftwerken nicht erreichen wird. Als Umweltverband fragen wir uns, wie viele Gutachten noch nötig sind, bis endlich Konsequenzen gezogen werden und ein Baustopp für neue Kohlemeiler verhängt wird. Es ist an der Zeit zu handeln statt zu begutachten. Wir fordern Minister Gabriel auf, seinen Kurs zu ändern, und die Energiekonzerne beim Neubau von Kohlekraftwerken nicht weiter zu unterstützen."

Laut dem Gutachten dürften von den 28.000 Megawatt Leistung fossiler Altkraftwerke, die bis 2020 stillgelegt werden sollen, höchstens 9.000 Megawatt durch Kohlekraftwerke ersetzt werden. Nach Berechnungen des BUND sind aber bereits jetzt neun Kohlekraftwerke mit 10.400 Megawatt Leistung genehmigt oder bereits im Bau.

Der BUND fordert, dringend das Genehmigungsrecht für neue Kraftwerke zu ändern, damit die Politik mehr Lenkungsmacht beim Klimaschutz habe. So könnte die Regierung kurzfristig in der derzeit laufenden Erarbeitung des Umweltgesetzbuches (UGB) einen Mindestwirkungsgrad für Kraftwerke vorschreiben. Läge dieser bei etwa 60 Prozent, hätten Kohlekraftwerke keine Chance, genehmigt zu werden. Der Wirkungsgrad eines Steinkohlekraftwerks liegt bezogen auf die Stromproduktion bei lediglich 46,5 Prozent, d.h. auch bei modernen Kohlekraftwerken verpufft mehr als die Hälfte der Energie als ungenutzte Wärme.



Uni Flensburg: Neue Kohlekraftwerke ineffizient, klimaschädlich - und unwirtschaftlich

Untersuchung der Universität Flensburg belegt Unwirtschaftlichkeit neuer Kohlekraftwerke am Standort Brunsbüttel - Vorrangig eingespeister Windstrom verdrängt Kohlestrom - Deutsche Umwelthilfe erwartet mittelfristig "tiefgreifende Umstrukturierung der nationalen Kraftwerksstruktur" infolge des Ausbaus der Erneuerbaren Energien - Atomkraftwerke und große Kohlekraftwerke können Schwankungen des Stroms aus Wind und Sonne nicht ausgleichen.

An der Nordseeküste geplante Kohlekraftwerke drohen zu Millionengräbern zu werden, weil dort in naher Zukunft große Mengen Offshore-Windstrom mit gesetzlichem Vorrang ins Netz eingespeist werden. Auf mittlere Sicht erzwingt der massive Ausbau der Erneuerbaren Energien in ganz Deutschland eine tiefgreifende Veränderung der hergebrachten Kraftwerksstruktur. So genannte Grundlastkraftwerke auf Basis von Kohle und Uran, die praktisch das ganze Jahr über Tag und Nacht Strom produzieren, müssen schrittweise ersetzt werden durch Anlagen, die ihre Stromproduktion flexibel den Schwankungen von Wind- und in einigen Jahren auch Sonnenstrom anpassen können.

Konkret vorgerechnet hat den bevorstehenden Umbruch im deutschen Stromsystem eine kürzlich abgeschlossene Untersuchung der Universität Flensburg, in der die wirtschaftlichen Perspektiven der in Brunsbüttel an der Elbmündung geplanten vier Kohleblöcke mit einer elektrischen Gesamtleistung von 3.200 Megawatt unter die Lupe genommen wurden. "Die Ökonomie arbeitet für den Klimaschutz und für die Gegner neuer Kohle- und alter Kernkraftwerke", sagte Professor Olav Hohmeyer von der Universität Flensburg, der die Arbeit betreut hat, heute in Berlin.

Bei der Einspeisung in Stromnetze mit begrenzter Kapazität habe nach dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) der Offshore-Windstrom Vorrang, der noch dazu zu Betriebskosten von praktisch Null Cent an der Küste ankomme. Auch technisch und ökonomisch werde daher der Windstrom vor jeder anderen Stromerzeugung genutzt. Außerdem könnten große Kohleblöcke wie auch Kernkraftwerke nicht einfach kurzfristig ab- und wieder angefahren werden, um die Schwankungen des Windstromangebots auszugleichen. "Dafür eignen sich Gaskraftwerke wesentlich besser", erläuterte Hohmeyer, der auch Mitglied im Weltklimarat IPCC und im Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) der Bundesregierung ist.

"Die Ergebnisse der neuen Studie für die Kohlekraftwerksprojekte in Brunsbüttel sind nur das Wetterleuchten für das, was schon bald in ganz Deutschland an Veränderungen in der Kraftwerksstruktur relevant wird", sagte Rainer Baake, der Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe e. V. (DUH). Die Ergebnisse nähmen nur für einen exponierten Standort vorweg, was nach der von der Bundesregierung angestrebten Verdoppelung des Stroms aus Erneuerbaren Energien von heute über 15 Prozent auf 30 Prozent oder mehr in elf Jahren (2020) bundesweit zum Alltag gehören werde.



Baake verwies darauf, dass der Preis an der Leipziger Strombörse schon in diesen Tagen stundenweise unter die Null-Cent-Schwelle drifte, wenn der Wind kräftig bläst und gleichzeitig der Strombedarf, etwa an Wochenenden, relativ gering sei. Statt ihre Großmeiler kurzfristig abzufahren, zahlen die Kraftwerksbetreiber Stromverbrauchern in diesen Situationen lieber dafür, dass sie ihnen den Strom abnehmen. "Der politisch gewünschte und aus Klimaschutzgründen zwingende Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland erfordert die parallele Anpassung der hergebrachten Kraftwerksstruktur an die neuen Bedingungen", sagte Baake. Viele Verantwortliche in der Politik und der Energiewirtschaft hätten noch nicht begriffen, dass ein stark wachsender Anteil von Strom aus Erneuerbaren Energien und ein Festhalten an einer großen Zahl so genannter Grundlastkraftwerke zwangsläufig zu Widersprüchen im Stromsystem führen. Die im letzten Monat erstmals in Deutschland aufgetretenen negativen Strompreise an der Großhandelsbörse, seien Vorboten dieser Entwicklung.

"Selbst wenn die Transportkapazität des Stromnetzes an der Nordseeküste bei Brunsbüttel parallel zum bevorstehenden Auf- und Ausbau der Offshore-Windkapazitäten stark ausgebaut wird, kämen die derzeit von mehreren Investoren geplanten vier 800-Megawatt-Kohleblöcke übers Jahr nicht mehr ausreichend lange zum Einsatz, um wirtschaftlich arbeiten zu können", erklärte die Autorin der Studie und Diplom-Wirtschaftsingenieurin, Frauke Wiese. Anhand eines "Stromeinspeise-Modells" der in Brunsbüttel einspeisenden Offshore-Windenergieanlagen und der vor Ort geplanten Steinkohlekraftwerke konnte Wiese zeigen, dass die vier neuen Kohleblöcke statt der kalkulierten 7.000 bis 8.000 Jahresvolllaststunden maximal zwischen 4.111 und 6.190 Volllaststunden pro Jahr Strom ins Netz einspeisen könnten - zu wenig, um die eingesetzten Kapitalkosten einzuspielen und eine Rendite abzuwerfen.

Dabei sei anzunehmen, dass die tatsächliche Volllaststundenzahl durch mangelnde Kühlmöglichkeiten in der Elbe im Sommer noch weiter reduziert werden muss. "Heute errichtete Kohlekraftwerke sind als Grundlastkraftwerke konzipiert und nicht flexibel genug, um als ergänzende Energielieferanten im so genannten Mittellastbereich wirtschaftlich zu arbeiten", erklärte Wiese. "Was wir dringend brauchen, wenn wir unsere Klimaziele erreichen und eine vergleichsweise risikoarme Stromversorgung sicherstellen wollen, sind flexibel einsetzbare Gaskraftwerke als Ergänzung zur fluktuierenden Wind- und Sonnenenergie. Darüber hinaus brauchen wir neue Speicherkonzepte für Strom sowie eine Glättung der Verbrauchsspitzen auf Seiten der Stromabnehmer."

Prof. Dr. Olav Hohmeyer, Universität Flensburg, u.a., 12.11.2008

Neues Kohlekraftwerk sorgt für dicke Luft

Gut 230 Meter hoch, an der Spitze mit einem Durchmesser von knapp 13 Metern, an der Basis von 21 Metern: Der neue Kamin des künftigen Blocks 8 im Rheinhardtdampfkraftwerk in Karlsruhe ist nicht mehr zu übersehen. Das neue Kraftwerk soll erst in drei Jahren in Betrieb gehen.



Damit macht der Abgasschlot seinem "Bruder" vom Rheinhafendampfkraftwerk 7, der mit 233 Metern Höhe als höchstes Bauwerk der Stadt Karlsruhe gilt, mächtig Konkurrenz. Insgesamt wird der neue Kraftwerksblock die bestehenden Kraftwerksteile aber ganz klar in den Schatten stellen, sowohl was die Leistung angeht wie auch in Bezug auf die Dimensionen der Bauwerke.

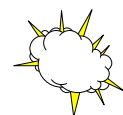
1955 wurde der erste Block des Rheinhafendampfkraftwerks in Betrieb genommen, dem im Laufe der Zeit weitere fünf Kraftwerksblöcke mit einer Nennleistung von jeweils 100 bis 180 Megawatt folgten. Von diesen Kraftwerkseinheiten ist heute nur noch der umgebaute und zwischenzeitlich mit einer Gasturbine ausgestattete Block 4 in Betrieb. Seine Gas- und Dampfturbinenanlage hat einen Wirkungsgrad von rund 57 Prozent und ist damit laut Energie Baden-Württemberg (EnBW) noch immer eines der weltweit leistungsfähigsten Kraftwerke dieser Art.

Block 4 wird immer dann angeworfen, wenn es Verbrauchsspitzen abzudecken gilt, die benachbarten Blöcke 5 und 6 werden lediglich noch als Kaltreserve vorgehalten, während die ältesten drei Blöcke nach 1984 aus Umweltschutzgründen stillgelegt und teilweise zu Besucherkraftwerken umgebaut wurden. Die neue Zeitrechnung begann mit der Inbetriebnahme des Blocks 7, der seit 1985 mit einer Leistung von 550 Megawatt am Netz ist und neben Strom auch einen beträchtlichen Teil der Karlsruher Fernwärme erzeugt.

Östlich der vorhandenen Blöcke wird nun also seit einigen Monaten am neuen Block 8 gebaut, der mit einer elektrischen Bruttoleistung von 912 Megawatt in eine zumindest für Karlsruher Verhältnisse neue Dimension vorstößt. Entsprechend umstritten ist in der Bevölkerung auch der Bau dieses Kraftwerks, über dessen Schornstein künftig mehrere Millionen Tonnen Kohlendioxid und nicht unbeträchtliche Mengen sonstiger Schadstoffe in die ohnehin dicke Luft über die Stadt geblasen werden.

Die EnBW wie auch zahlreiche Kommunalpolitiker argumentierten jedoch, dass ein solches Kraftwerk nur in der Nähe einer großen Stadt richtig Sinn mache. Nur weil die bei der Stromerzeugung entstehende Hitze als Heizenergie in das Fernwärmenetz der Stadt eingespeist werden kann, gelangt man zu einem Wirkungsgrad von bis zu 46 Prozent. Der EnBW-Vorstandsvorsitzende Hans-Peter Villis bezeichnete die Investition von über einer Milliarde Euro in das neue Kraftwerk zudem als sichtbares Bekenntnis zum Konzernstandort Karlsruhe, der mithilfe, Arbeitsplätze zu sichern und der Versorgungssicherheit diene.

Nachdem die Bauarbeiten am Kamin weitgehend abgeschlossen sind, wird seit Mitte Oktober an den rund 120 Meter hohen Treppentürmen des Kesselhauses gebaut. Anfang kommenden Jahres wird mit dem Bau der drei Silos für Kalkstein, Flugasche und Gips begonnen. Die Inbetriebnahme des neuen Kraftwerks ist für Ende 2011 geplant.



Rechenkunststücke beim Klimaschutz

Beim EU-Gipfel in Brüssel Ende vergangener Woche wurde heftig über den europäischen Klimaschutz bis 2020 gestritten. In der Aufregung ging unter, dass die Staats- und Regierungschefs unter Punkt sieben beschlossen haben: Große Teile der Treibhausgas-Einsparungen können auch im Ausland erfolgen. Nicht wenige EU-Abgeordnete waren darüber alles andere als glücklich - dennoch hat das EU-Parlament gestern dem Kompromiss zugestimmt. Die Hintergründe.

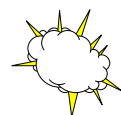
Nicht nur Abgeordnete des Europa-Parlaments sehen nach dem Gipfelbeschluss das Risiko, dass sich die Europäer beim Klimaschutz im jeweils eigenen Land zurückhalten. In viel größerem Maßstab als bisher nämlich kann Kohlendioxid in den ärmeren Ländern des Südens reduziert und mit den nationalen Klimaschutzverpflichtungen in Europa verrechnet werden. Auch international wird dieser Punkt des Gipfelbeschlusses mit Argwohn betrachtet: Stehlen sich die Europäer, die bis 2020 bei den Treibhausgasen 20 Prozent einsparen wollen, klammheimlich aus der Verantwortung?

Folgende Projekte zur CO₂-Reduzierung im Ausland wären denkbar: Das Aufforsten des Regenwaldes in einem südlichen Land wird bezuschusst (Bäume entziehen der Luft CO₂ und speichern es); die Effizienz eines Kohle-Kraftwerks in einem Dritte-Welt-Staat wird erhöht (zum Erzeugen einer Kilowattstunde Strom benötigt dieses dann zum Beispiel ein Drittel weniger Kohle); Tochterfirmen von Unternehmen aus der EU führen modernste Energietechniken in ihren ausländischen Niederlassungen ein.

Im Abschlusspapier des Gipfels zu Brüssel steht nur der harmlos klingende Satz: Bei jedem EU-Mitgliedsland darf die Inanspruchnahme der Möglichkeit, Klimagase im Ausland zu reduzieren, höchstens drei Prozent der Emissionen umfassen, die im Jahr 2005 ausgestoßen wurden. Dieser Satz freilich hat es in sich, doch muss man fast schon höhere Mathematik beherrschen, um da durchzublicken.

Einer, der gut rechnen kann, sich für seine Einschätzung- aber zusätzlich noch den Rat anderer Experten eingeholt hat, ist Christoph Bals. Er ist Politischer Geschäftsführer der Nichtregierungsorganisation "Germanwatch" (Bonn/Berlin), die sich intensiv dem Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und Klimapolitik widmet.

Bals kommt zu folgendem Ergebnis: Die drei Prozent Klimagas-Reduktion, die theoretisch außerhalb der EU geleistet werden können, decken in Wahrheit 50 Prozent der angestrebten Verringerung im Industriebereich ab. Beim nicht-industriellen Sektor, bei privaten Haushalten und Verkehr, sind es rund 70 Prozent. Wie das? Nun, "drei Prozent" bezieht sich auf die Gesamtmenge der CO₂-Produktion, nicht auf die angepeilte Reduktion; bei einer Umrechnung auf die Reduktionsziele ergeben sich die obigen Werte.



Zwölf EU-Staaten - darunter Italien, Portugal oder Österreich - dürfen sogar noch drauf satteln: Ihnen wird erlaubt, ein weiteres Prozent ihres Einsparungsziels im Ausland zu erbringen. Diese zwölf Länder haben aus ganz unterschiedlichen Gründen Probleme, ihre CO₂-Verpflichtungen innerhalb der eigenen Grenzen zu erfüllen. Die einen können nur zu sehr hohen Kosten ihre Energieinfrastruktur ändern. Die anderen haben jahrelang beim Klimaschutz geschlampt und sehen sich nicht in der Lage, kurz- bis mittelfristig (bis 2020) Treibhausgase im erforderlichen Umfang im eigenen Land zu verringern.

Allerdings müssen diese zwölf EU-Staaten für das eine Prozent ihres "ausgelagerten" Klimaschutzes Projekte in den ärmsten Ländern wählen. Schwellenländer wie China oder Indien oder gar Industriestaaten sind dafür tabu. Der Grund: Klimaprojekte in den wirklich armen Staaten werden nur zögerlich angegangen - schon, weil die meisten privatwirtschaftlichen Investitionen eben in Länder wie China fließen.

Eigentlich ist es der Atmosphäre gleichgültig, wo auf der Welt Treibhausgase eingespart werden. Die CO₂-Moleküle, egal ob aus China oder Deutschland, wandern nach oben und bleiben dort für rund 100 Jahre. So entsteht der zusätzliche, von Menschen gemachte Treibhauseffekt. Damit politische Abläufe funktionieren, ist es freilich nicht egal, wo Treibhausgase eingespart werden.

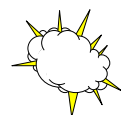
Denn viele Schwellen- und Entwicklungsländer sollen ja für den neuen Welt-Klimaschutzvertrag, dessen Beschluss für 2009 in Kopenhagen geplant ist, ebenfalls in die Pflicht genommen werden. Auch China, Indien & Co., so die Vorstellung der Industrieländer, müssten künftig Minderungsziele bei Treibhausgasen erfüllen. Dies wäre anders als beim aktuell und bis 2013 geltenden Kyoto-Protokoll.

Doch nun, so kritisiert Christoph Bals, müssten die Entwicklungsländer sozusagen doppelt Klimaschutz betreiben: Erstens, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen; zweitens zugunsten der Europäer. Problematisch ist dies, weil die kostengünstigeren Klimaschutz-Projekte vermutlich von den Europäern durchgeführt werden. Den armen Ländern bleiben nur die teureren Maßnahmen.

Andere Experten verweisen auf drohende Mitnahme-Effekte: So manche Umweltschutzmaßnahme werde sicherlich nicht zusätzlich von Europäern angepackt, sondern hätte aufgrund der nationalen Gesetzgebung im Dritte-Welt-Land sowieso in Angriff genommen werden müssen.

Hans Verolme, ebenfalls Germanwatch-Berater, zieht deshalb das Fazit: Es kann nicht funktionieren, wenn wir die kostengünstigen Reduktionen in den Schwellenländern unseren Zielen anrechnen wollen, und dann zugleich diese auffordern, mehr Klimaschutz zu leisten."

Rheinpfalz vom 18.12.08



Auf die lange Bank schieben wird teuer

Weltweit steigen die Klimaschutzkosten, weil zu wenig geschieht - In Deutschland ist Rheinland-Pfalz nur Mittelklasse bei erneuerbaren Energien.

Es ist paradox: Weil der Klimaschutz nur schleppend vorankommt, wird er teurer als gedacht. Das hat die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ausgerechnet. Die OECD, die die 30 führenden Industriestaaten berät, ist rechnerisch zu einem Ergebnis gelangt, die sinngemäß jeder Hausbesitzer aus dem Alltag kennt: Wird das Ersetzen kaputter Ziegel zu lange hinausgeschoben, wird's am Ende eine richtige Dachreparatur - und somit richtig teuer.

Höhere Aufräumkosten" fürs Klima entstehen laut OECD nicht zuletzt durch Verzögerungen beim Umsetzen von Klimabeschlüssen. Bisher hatten die Wirtschaftsexperten angenommen, dass entschlossener Klimaschutz bereits 2008 beginne. Nun werde dies wohl erst 2013 der Fall sein - mit bedingt durch die Wirtschaftskrise. Dabei rechne sich der Klimaschutz, heißt es aus Paris: Anstrengungen zum Schutz der Erdatmosphäre seien unterm Strich billiger als Nichtstun. Ein verändertes Weltklima habe unzählige negative Auswirkungen: auf die menschliche Gesundheit, auf die Versorgung mit Trinkwasser.

Größten Handlungsbedarf sieht die OECD beim Bereitstellen klimafreundlicher Energie. Da traf es sich gut, dass die Agentur für erneuerbare Energien gestern fast zeitgleich erstmals einen Überblick vorlegte: Welches Bundesland führt in Deutschland bei der klimafreundlichen Energieversorgung? Die Agentur, die unter anderem von den Bundesministerien für Umwelt und Landwirtschaft gefördert wird, verfuhr nach der Formel: Je ambitionierter ein Land Biomasse oder Windenergie beim Erzeugen von Strom, Wärme oder im Verkehr einsetzt, desto besser die Platzierung.

Wenig überraschend: Rheinland-Pfalz hat nicht den ersten Preis errungen. Das Land landet im Mittelfeld: Platz neun. Eher überrascht, dass Brandenburg ganz vorne liegt, gefolgt von Baden-Württemberg und Bayern. Nun ja, da glauben wir sofort, was die OECD-Experten analysiert haben: Wirklich ernsthafter Klimaschutz hat noch gar nicht begonnen.

Von Wolfgang Blatz in DIE RHEINPFALZ Pirmasenser Rundschau vom 11.11.2008

Regierung erwartet drastische Folgen des Klimawandels

Das Papier trägt den sperrigen Titel "Deutsche Anpassungsstrategie gegen den Klimawandel" und soll ein erster Schritt sein, um gegen drastische Folgen des Klimawandels gegenzusteuern.



Das Kabinett beschloss am Mittwoch in Berlin ein umfangreiches Strategiepaket mit 15 Aufgabenfeldern. Bis 2011 soll ein Aktionspaket von Bund und Ländern erarbeitet werden. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) erklärte, das Klima ändere sich weltweit. "Und mit dem Klima ändern sich die Lebensbedingungen der Menschen - auch in Deutschland." Das gelte selbst bei einem gebremsten Temperaturanstieg. Laut dem Papier muss Deutschland sich bis zum Zeitraum 2021 bis 2050 auf eine Erwärmung um 0,5 bis 1,5 Grad und bis zum Zeitraum 2071 bis 2100 um 1,5 bis 3,5 Grad Celsius einstellen. Sich verändernde Niederschlagsmengen könnten je nach Jahreszeit und Region zu Wasserknappheit oder Hochwassergefahr führen. Die wichtigsten Punkte des Strategiepakets im Einzelnen:

Gesundheit: Die Erderwärmung begünstigt nach Einschätzung der Bundesregierung den Ausbruch von Krankheiten wie Borreliose und Frühsommer-Meningoenzephalitis, die durch Zeckenstiche ausgelöst werden. Magen-Darm-Krankheiten können durch leichter verderbende Nahrung zunehmen. Mehr Allergien sind möglich. Das Hautkrebsrisiko kann steigen. Empfehlung: mehr Aufklärung, mehr Forschung.

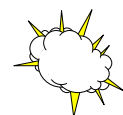
Hochwasserschutz: Das Hochwasserrisiko steigt an Küsten und in Flussgebieten durch mehr Niederschläge im Winter und im Frühjahr. Empfehlung: Schutzanlagen sollen verstärkt werden. Der Bund will bis 2025 insgesamt 380 Millionen Euro zusätzlich für Küstenschutz bereitstellen. Auch beim Bau sollen Klimafolgen stärker berücksichtigt werden.

Energie: Der Bedarf an Kühlenergie wird dem Strategiepapier zufolge steigen. Bei Stürmen, Dürren und Hochwasser könne die Versorgung gestört sein, höhere Energiepreise seien möglich. Empfehlung: alternative Kühlsysteme für Kraftwerke.

Wirtschaft: Für die Wirtschaft gibt es nach Ansicht der Regierung Chancen (etwa in der Umwelttechnik) und Risiken (etwa in Anlagen mit Gefahrgütern bei Wetterextremen). Der Tourismus kann trotz möglicher Einbußen beim Wintersport insgesamt profitieren. Bei der Landwirtschaft werden Ertragsausfälle prophezeit. Empfehlung: resistente Sorten in der Landwirtschaft.

Finanzwirtschaft: Wegen drohender hoher Schäden sieht die Regierung mögliche neue Risiken für Banken und Versicherungen. Staatliche Hilfen zur Ergänzung werden als letztes Mittel in Aussicht gestellt etwa über eine Pflicht-Elementarschadenversicherung oder einen staatlichen Fonds.

Der Präsident des Umweltbundesamts (UBA), Andreas Troge, betonte in der "Neuen Osnabrücker Zeitung" vom Mittwoch, die Anpassung an den Klimawandel werde umso einfacher und kostengünstiger, "je schneller wir dem Klimaschutz Beine machen". Der UBA-Fachgebietsleiter Klimaschutz, Benno Hain, sagte der "Thüringer Allgemeinen", Deutschland brauche dringend eine umfassende und konzertierte Aktion, um die Verantwortlichkeiten "zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und den einzelnen Sektoren und Themenfeldern" zu klären. Die Strategie der Bundesregierung setze dafür nur



den Rahmen. Der vorgesehene Aktionsplan müsse nun präzisieren, wie die konkrete Umsetzung aussehen soll.

Das Umweltgesetzbuch, dessen Beratung im Kabinett kurzfristig verschoben worden war, sahen Umweltschützer indes als gescheitert an. Die Sitzung sei der letztmögliche Termin gewesen, um das Gesetzgebungsverfahren noch vor der Bundestagswahl im Herbst abschließen zu können, erklärte der Nabu. Das im Koalitionsvertrag von Union und SPD vereinbarte "Prestigeprojekt" sei "am Ende". Der BUND warnte in der "NOZ" vor einem "Fiasko in der Umweltpolitik", sollte das UGB tatsächlich scheitern. Statt Planungssicherheit drohe dann eine "total zersplitterte Gesetzgebung" auf Länderebene. Die FDP kritisierte das "Totalversagen" der Koalition "zum Schaden aller Betroffenen".

Das UGB soll die Vorschriften des deutschen Umweltrechts vereinen. Bislang steht in unterschiedlichen Fachgesetzen der Schutz einzelner Umweltgüter wie Luft, Wasser oder Boden im Vordergrund. Das Zusammenführen der Regelungen soll ihre Anwendung vereinfachen und Bürokratie abbauen helfen.

Spiegel Online; 17. Dezember 2008

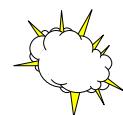
UN-Klimakonferenz in Poznan: Verpasste Chance

Vom 1. bis 12. Dezember fand im polnischen Poznan die 14. Weltklimakonferenz statt. Der BUND und sein internationales Netzwerk Friends of the Earth waren mit etwa 100 (!) Aktivisten und Klima-Campaignern vor Ort. Doch auch sie konnten nicht verhindern, dass die Klimakonferenz als verpasste Chance in die Geschichte des Kampfs gegen die globale Erderwärmung eingeben wird. Schuld daran, dass immer noch kein Kyoto-Anschlussabkommen auf dem Tisch liegt, tragen die Industriestaaten. Sie sind ihrer Verantwortung für den globalen Klimaschutz nicht nachgekommen und haben es versäumt, den Entwicklungsländern vertrauensbildende Signale zu senden. Auch Deutschland und die EU stellten kurzfristige Industrieinteressen in den Vordergrund und büßten ihre Führungsrolle im Klimaschutz ein.

Seit dem Weltklimagipfel auf Bali Ende 2007 ist somit ein komplettes Jahr vertan worden. Die Industriestaaten wollten sich weder auf eine einschneidende Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen festlegen, noch angemessene Verantwortung für die Folgen des Klimawandels übernehmen, den hauptsächlich sie verursacht haben. Das Tempo der Klimaschutzverhandlungen muss nun im kommenden Jahr deutlich erhöht werden.

Ende 2009 muss zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen ein unterschriftsreifes Abkommen vorliegen, mit dem die Erderwärmung auf unter 2 °C begrenzt werden kann. Die Regierungen der Industriestaaten müssen sich dafür zu einer 40-prozentigen Minderung ihrer Treibhausgase bekennen und den Entwicklungsländern ausreichende Finanzhilfen für die Anpassung an den Klimawandel zusagen.

Editorial der BUNDSchau 1/2009



EU Klima- und Energiepaket 2008: Ergebnisse und Bewertung der BGST

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten haben sich auf ihrem Gipfel am 12. Dezember auf ein Klima- und Energiepaket geeinigt. Das Europäische Parlament musste diesen Ergebnissen am 17. Dezember abschließend zustimmen. Der Beschluss unterliegt dann noch der formalen Zustimmung des Ministerrats. Mit diesen Klimabeschlüssen haben die Mitgliedsstaaten die gemeinsamen Weichen für ihre Klimapolitik bis zum Jahre 2020 gestellt.

Grundsätzlich kommt der Kompromiss zum Klimapaket den schlimmsten Befürchtungen nahe. Denn die Beschlüsse sehen umfangreichste Ausnahmen für die energieintensive Industrie und osteuropäische Kohlekraftwerke vor, außerdem die Möglichkeit die Gewinne aus dem Emissionshandel unsachgemäß zum Beispiel zur Förderung neuer Kohlekraftwerke und von CCS-Pilotprojekten verwenden zu können. Die EU wird zudem mehr als die Hälfte und in einigen Sektoren bis zu zwei Drittel ihrer Minderungsleistungen ins Ausland verlagern. All das verwässert und gefährdet die Klimaziele der EU, auch Energieeffizienz- und das Erneuerbare Energien-Ziel jeweils 20% bis 2020). Denn die Anreize für klimafreundliche Investitionen, Innovationen und somit den nachhaltigen Umbau der heimischen Wirtschaft sind viel zu gering.

Viele Details der Beschlüsse sind allerdings noch unklar und bedürfen der weiteren Ausgestaltung sowohl im europäischen als im nationalen Rahmen. Die Bundesregierung geht davon aus, dass auf europäischer Ebene erst im Sommer nächsten Jahres die letzten der endgültigen Richtlinienentwürfe verabschiedet werden. Es ist seitens des Umweltministeriums angekündigt, dass noch in dieser Legislaturperiode zumindest die Richtlinien zu CCS und zur Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel (ab 2013) in nationales Recht umgesetzt werden sollen.

Die Beschlüsse im Einzelnen (aber nicht in allen Details):

20% Minderung der Treibhausgase bis 2020 - 30% im Falle eines internationalen Klimaabkommens

20% Minderung der Treibhausgase bis 2020 auf Basis von 1990 hat die EU als unilaterales Ziel festgelegt. Wird im kommenden Dezember auf der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen eine Vereinbarung zum Klimaschutz getroffen, bei der auch andere Industrieländer vergleichbare Verpflichtungen übernehmen, wird die EU ihr Ziel auf minus 30% anheben.

Dazu wird die Kommission im März 2010 eine Analyse und entsprechende Gesetzesvorschläge vorlegen, aufgrund derer Parlament und Mitgliedsstaaten gemeinsam über die Modalitäten zur Änderung des Ziel von 20 auf 30% und die Auswirkungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft entscheiden (s. Ausnahmen für die Industrie).



Hintergrund: Das Gesamtminderungsziel von 20% gegenüber 1990 bzw. 14% gegenüber 2005 setzt sich aus zwei Zielen für die Wirtschaftszweige zusammen. Es gibt ein Ziel für die Sektoren unter dem Emissionshandel (s.u.) und ein Ziel für die Sektoren, die nicht unter den Emissionshandel fallen (z.B. Verkehr, Gebäude, Landwirtschaft - s. dort). Die Hauptlast der Minderungsanstrengungen liegt beim Emissionshandel, Die Emissionshandelsektoren sind EU-weit für rund 40% (in Deutschland 50%) der Treibhausgase verantwortlich und müssen die Emissionen gegenüber 2005 um 21% reduzieren. Die anderen Sektoren verantworten etwa 60% der Emissionen und müssen 10% zwischen 2013 und 2020 einsparen. Dieses letztere 10%-Ziel wird zudem je nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit unter den Mitgliedsstaaten aufgeteilt.

Bewertung: Die Einleitung eines erneuten Gesetzesverfahrens anstelle des ursprünglichen automatischen Anhebens auf 30% im Falle eines internationalen Abkommens ist ein Rückschritt. Denn so sind Tür und Tor für Verzögerungen und erneutes Geschacher geöffnet. Es ist bislang auch nicht qualifiziert, welche Kriterien ein internationales Abkommen erfüllen muss, damit die EU sich verpflichtet fühlt, auf 30% zu erhöhen. Wenn es dann (hoffentlich) auf der Klimakonferenz in Kopenhagen einen Abschluss gibt, ist der Streit, ob dessen Qualität ausreicht und entsprechende Konsequenzen für das EU-Ziel und die Ausnahmen für die Industrie haben muss oder nicht, bereits vorgezeichnet, Vor dem Hintergrund, dass 30% Minderung der Emissionen nach dem Stand der Klimawissenschaft ein Minimum sind, wäre ein Verharren auf 20% absolut ungenügend.

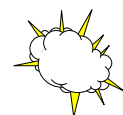
Emissionshandel für die nächste Handelsperiode (2013-2020) **- Einheitliches EU-weites Minderungsziel**

Ab 2013 gilt ein EU-weit einheitliches Minderungsziel ("single cap") von rund 21% für alle Sektoren unter dem Emissionshandel, d.h. für die Stromerzeuger und energieintensive Industrie. Dieses einheitliche Emissionsbudget wird dann europäisch verwaltet und sinkt linearjährlich um 1,74% ab 2010. Dadurch ergibt sich eine Minderung um 21% gegenüber 2005 für alle Sektoren im Emissionshandel,

Bewertung: Das ist eine positive Neuerung. Damit gehören die "Nationalen Allokationspläne" der Vergangenheit an, die vor allem Raum für nationales Manövrieren ließen und auch einer der Gründe für die starke "Überallokation" in den ersten beiden Handelsperioden waren.

- Stromsektor

In den ersten beiden Handelsperioden (2005-7 und 2008-12) wurden die Verschmutzungsrechte weitgehend frei zugeteilt. Die Energieversorger hatten dadurch zusätzliche Gewinne in Milliardenhöhe. Der jetzige Beschluss sieht vor, dass Kraftwerksbetreiber grundsätzlich alle Verschmutzungsrechte ab 2013 ersteigern müssen. Allerdings gibt es große Ausnahmen für osteuropäische Kraftwerke, Zypern und Malta. Bestandsanlagen erhalten in 2013 noch 70% der Zertifikate umsonst, der Auktionsanteil steigt dann allmählich (d.h. nicht linear sondern nach nationaler Festlegung), bis im Jahr 2020 sämtliche Zertifikate gekauft werden müssen.



Bewertung: Wir haben lange die Vollversteigerung im Stromsektor gefordert. Dies wäre also ein Erfolg wenn nicht gleichzeitig die osteuropäischen Kohlekraftwerke und damit die dreckigsten Energieerzeuger in immerhin 12 von 27 Ländern (neue Mitgliedsländer) weiterhin begünstigt würden. (Es hätte aber auch noch schlimmer kommen können, stand doch zwischenzeitlich die Vollversteigerung auch auf Druck deutscher Energiekonzerne insgesamt in Frage.)

- Energieintensive Industriezweige

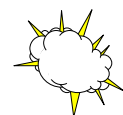
Für das produzierende Gewerbe werden die Zertifikate auch nach 2012 im Wesentlichen völlig frei zugeteilt. Die freie Zuteilung basiert auf EU-weit einheitlichen Benchmarks (Top 10% der Branche). Denn Ausnahmen gibt es für alle Branchen, deren Produktionskosten durch den Emissionshandel um mehr als fünf Prozent steigen und deren Handelsintensität mehr als zehn Prozent beträgt bzw. wenn eines der Kriterien sie zu über 30% betrifft. Nach Berechnungen der Kommission entspricht das rund 90 Prozent, der EU-Abgeordnete Claude Turmes sprach von 96 Prozent der Industrie. Die wenigen Branchen, die nicht von der Ausnahmeregelung profitieren, müssen ab 2013 erst 20 Prozent ihrer Zertifikate ersteigern, ab 2020 dann 70 Prozent und ab 2027 schließlich 100 Prozent. Zusätzlich sollen die Branchen Unterstützung erhalten, die von besonders hohen Stromkosten betroffen sind (z.B. Aluminium). Eine genaue Regelung muss hier aber noch gefunden werden.

Die auszunehmenden Branchen sollen von der Kommission bis Ende nächsten Jahres und dann in einem 5-Jahres-Turnus identifiziert werden. Diese Ausnahmen werden aber ebenfalls 2010 neu bewertet wenn ein neues internationales Abkommen verabschiedet wurde und die Situation des internationalen Wettbewerbs neu analysiert werden muss.

Bewertung: Damit hat sich die Industrielobby durchgesetzt und die Ausnahme ist zur Regel geworden. Auch die Vollversteigerung wird erst sieben Jahre später erreicht als ursprünglich von Kommission und Parlament gefordert (was aber nur noch 5-10% der Branchen überhaupt betrifft). Die weitreichenden Ausnahmen für die Industrie sind nicht gerechtfertigt, da laut verschiedenen Studien den wenigsten Branchen (in Deutschland ca. 2%) tatsächliche Gefahr droht, die starken außereuropäischen Wettbewerbsverlust und damit eine Verlagerung von Standorten nach sich ziehen würde. Die Revision dieser Bestimmungen nach der UN-Klimakonferenz 2009 muss dringend genutzt werden, die Ausnahmen der Realität anzupassen.

- Anteil externer Gutschriften (CDM)

Im Emissionshandelssystem wird den Mitgliedsstaaten erlaubt, die nicht verbrauchten Kontingente der externen Zertifikate für den Zeitraum 2008 bis 2012 auch in der neuen Handelsperiode zu nutzen. Zusätzliche weitere Nutzungskontingente wurden festgelegt: Für Neuanlagen, neue Sektoren, Flugverkehr und Anlagen, die entweder im Zeitraum 2008 bis 2012 sehr geringe Kontingente hatten oder ab 2013 eine sehr hohe Unterausstattung aufweisen (insbesondere Kraftwerke) (Quelle: Bundesumweltministerium). Wird das Reduktionsziel der EU von 20 auf 30% erhöht, darf die Hälfte der Neuverpflichtung über diese externen Gutschriften erbracht werden.



Bewertung: Diese harmlos klingende Maßgabe bedeutet, dass mindestens 45% der Verschmutzungsrechte im Emissionshandel aus Klimaschutzprojekten im nicht-europäischen Ausland, d.h. vorwiegend aus sogenannten CDM-Projekten in Entwicklungsländern, stammen dürfen. Die genauen Berechnungen hierzu stehen noch aus - aber es bedeutet, dass insgesamt mehr als die Hälfte der Reduktionen im Ausland stattfinden kann. Nach Berechnungen der Kommission ist die Konsequenz, dass sich das heimische Minderungsziel für die Sektoren im Emissionshandel (mindestens!) von 21% auf de facto 16% (Basisjahr 2005) reduziert, - Bei einer Erhöhung auf ein 30%-Ziel für die EU würde dieser Anteil sogar noch steigen. Zudem wird die Qualität, das heißt der Klima-Nutzen, vieler dieser CDM-Projekte als sehr fragwürdig beurteilt. Die Standards für solche Projekte müssen daher drastisch verbessert werden.

- Subventionierung neuer (Kohle-) Kraftwerke

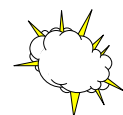
Von 2013 bis 2016 können die Mitgliedstaaten mit den Erlösen aus der Versteigerung von Verschmutzungsrechten den Bau "hocheffizienter" Kraftwerke subventionieren, sofern diese "CCS-ready" sind. Bei entsprechendem Wirkungsgrad der geplanten Anlagen können die Mitgliedstaaten bis zu 15 Prozent der gesamten Investitionskosten übernehmen. Diese Möglichkeit ist allerdings nicht in der Richtlinie selbst sondern in einer Protokollnotiz festgeschrieben.

Bewertung: Diese Bestimmung wurde von der Bundesregierung eingebracht und hart verteidigt. Es würde auch die Förderung neuer Kohlekraftwerke zulassen. Das wäre verheerend: Mittel aus einem Klimaschutz-Instrument, dem Emissionshandel, würden für neue Klimakiller ausgegeben. Nach den zugrunde gelegten Bestimmungen müssten förderungswürdige Anlagen nicht einmal dem Stand der Technik entsprechen. Dadurch, dass diese Möglichkeit aber nicht in der Richtlinie selbst festgeschrieben ist, ist sie für die EU-Kommission, die letztendlich solche Beihilfen billigen müsste, nicht bindend. Natürlich wäre es auch möglich, effiziente Gaskraftwerke oder andere umweltfreundlichere Alternativen zu subventionieren. Sollte die Bundesregierung von dieser Subventionsmöglichkeit für neue Kohlekraftwerke Gebrauch machen wollen, werden wir das skandalisieren. Die tatsächlichen Auswirkungen dieser Bestimmung sind allerdings noch nicht klar.

- Verwendung der Erlöse aus der Versteigerung

Hierzu gibt es nur eine politische Absichtserklärung, aber keine reale Zweckbindung der Mittel: Die Mitgliedsstaaten "sollen" mindestens 50 % der Einnahmen aus dem Emissionshandel in Klimaschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimaschutz investieren.

Das kann z.B. die Entwicklung erneuerbarer Energien, verbesserte Energieeffizienz, Vermeidung von Entwaldung und die Unterstützung von Entwicklungsländern oder soziale Maßnahmen umfassen.



Bewertung: Eine nicht bindende Erklärung zur Verwendung der Mittel ist absolut ungenügend. Der BUND fordert 100% der Mittel in Klimaschutz und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu investieren. Davon die Hälfte im Inland und die Hälfte in Entwicklungsländern. Die Einnahmen aus dem Klimaschutzinstrument Emissionshandel werden dringend für diese Maßnahmen benötigt - denn nennenswerte und verlässliche andere Finanzierungsquellen stehen bis heute aus. Insbesondere die Zusage der Unterstützung für Entwicklungsländer ist historisch geboten und entscheidend für ein internationales Abkommen im nächsten Jahr.

- Solidaritätsmechanismus für Osteuropa

Insgesamt 12 % der Gesamtmenge der zu versteigernden Zertifikate werden "im Interesse der Solidarität und des Wachstums" unter den Mitgliedsstaaten Zentral- und Osteuropas aufgeteilt. Im Einzelnen erhalten insgesamt 19 Mitgliedstaaten zusätzlich 10 % der Verschmutzungsrechte. Dadurch erhöht sich die Zahl der von diesen Mitgliedstaaten jeweils versteigerten Zertifikate. Darüber hinaus werden 2 % der Gesamtmenge der zu versteigernden Zertifikate unter neun der neuen EU-Mitgliedsländer aufgeteilt; hiervon erhält beispielsweise Rumänien 29 %, Polen 27 % und Bulgarien 15 %.

Bewertung: Diese zusätzlichen Zertifikate, hinter denen keine Minderungsleistung steht, bezeichnet man zu Recht als "heiße Luft". Wie die Erlöse aus diesen Zertifikaten verwendet werden müssen, wird zudem nicht näher qualifiziert (Atom-/ Kohlekraftwerke?). Auch wenn ein Ausgleich zwischen den neuen und alten EU-Ländern richtig ist, werden die osteuropäischen Mitgliedsstaaten in mehrfacher Hinsicht begünstigt (s. Stromsektor). Diese vielfachen Sonderregelungen werden den Umbau des Energiesektors und der restlichen Wirtschaft verlangsamen.

Entscheidung zur Verteilung der Reduktionsanstrengungen (Effort-Sharing)

Diese Richtlinie ist mit der Emissionshandels-Richtlinie das wichtigste Dokument des Klima-Pakets. Sie teilt die Emissionsminderungsanstrengung nach Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung in 27 nationale Ziele auf, welche die Mitgliedsstaaten in den Sektoren erbringen müssen, die nicht dem Emissionshandel unterliegen. Diese Sektoren sind EU-weit für 55% der Emissionen verantwortlich. Die Mitgliedsstaaten müssen in diesen Wirtschaftszweigen bis 2020 insgesamt 10% weniger Emissionen gegenüber 2005 erreichen (Deutschland 14%). Die betroffenen Sektoren sind Verkehr, Haushalte (Gebäude), Gewerbe, Dienstleistungen und Landwirtschaft.

Hierzu stellen die Mitgliedsstaaten nationale Aktionspläne auf, Allerdings ist es erlaubt, bis zu 80% der Reduktionsleistung über Gutschriften aus CDM-Projekten abzudecken, d.h. im Ausland zu erbringen. Das reduziert das Minderungsziel auf etwa 3,5%, Es gibt allerdings noch weitere Möglichkeiten, die das Erreichen des Reduktionsziels "flexibilisieren". Was das in der Summe bedeutet muss wiederum noch berechnet werden. Es existieren zudem nur sehr schwache Sanktionsmechanismen.



Bewertung: Diese Richtlinie ist ein zahnloser Tiger und wird fast keine Lenkungswirkung in den genannten Wirtschaftszweigen erreichen. Die extrem hohe Quote externer Gutschriften ist das Hauptproblem gepaart mit mangelhaften Sanktionsmechanismen, wenn die Mitgliedsstaaten ihre Ziele nicht erreichen.

20% erneuerbare Energien

Die EU hat sich zu einem Anteil von mindestens 20% erneuerbaren Energien bis 2020 in der Stromerzeugung, in Gebäuden (Wärme und Kühlen) und im Verkehrssektor im Jahr 2020 verpflichtet. Das schließt im 10%-Ziel für den Verkehrsbereich auch den Einsatz von Agrokraftstoffen mit ein. Für diese sollen Nachhaltigkeitskriterien entwickelt werden. Es gilt, dass sie zunächst nur 35% CO₂-Einsparung gegenüber fossilen Treibstoffen bringen müssen. Deutschland muss bis 2020 seinen Anteil an erneuerbaren Energien insgesamt auf 18 % steigern. Hierfür werden nationale Aktionspläne aufgelegt.

Bewertung: Diese Richtlinie ist insgesamt ein Erfolg. Für Deutschland sind 18% gesamt betrachtet, z.B. im Wärme-Bereich, ein ehrgeiziges Ziel. Das Agrosprit-Ziel lehnen wir jedoch grundsätzlich ab.

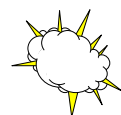
Förderung von CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS)

Diese Richtlinie bestimmt, dass 300 Millionen Zertifikate aus der Neuanlagenreserve im Emissionshandel für große kommerzielle CCS-Demonstrationsvorhaben und für Großprojekte im Bereich erneuerbare Energien zur Verfügung gestellt werden. Dies soll zu dem Zeitpunkt, wenn diese Demonstrationsanlagen zum Einsatz kommen (um 2015 laut ursprünglichem Plan der EU-Kommission) einem Gegenwert, d.h. Erlös von 6-9 Milliarden Euro entsprechen. Damit lassen sich jedoch voraussichtlich nicht zwölf, wie ursprünglich vorgeschlagen, sondern eher 9 bis 10 Pilotprojekte realisieren.

Bewertung: Wir lehnen die Förderung von CCS mit staatlichen Geldern grundsätzlich ab. Die Auswirkungen auf die Ausstattung von Neuanlagen mit Zertifikaten sind noch unklar, vermutlich aber unproblematisch. Offensichtlich kein Frohlocken ist angebracht angesichts der möglichen Förderung von Erneuerbaren-Großtechnologien. Dieser Passus ist auf Drängen Großbritanniens eingegangen und bezieht sich auf die Förderung eines großen Gezeitenkraftwerks, das dort geplant ist,

CO₂-Grenzwerte für Neuwagen

Der Kompromiss zu dieser Verordnung sieht vor, dass der durchschnittliche CO₂-Ausstoß von Neuwagen bis spätestens 2015 auf 130 Gramm pro Kilometer gesenkt werden muss. Weitere 10 Gramm sollen durch andere Maßnahmen zusätzlich reduziert werden. Gestaffelte Strafen sind bei Überschreitung des Grenzwertes vorgesehen.



Bewertung: Die Entscheidung ist eine riesige Mogelpackung. Formal wird der lange geplante Grenzwert für 2012 von 120g/ km aufrecht gehalten. Doch tatsächlich wird er durch zahlreiche Schlupflöcher komplett aufgeweicht. So gilt für den Grenzwert von 120 Gramm ein sogenanntes "Phasing-in", das bedeutet, dass der Wert im Flottendurchschnitt erst allmählich erreicht werden muss. Zum Beispiel müssen diesen Wert in 2012 nur 65% des Flottendurchschnitts erreichen, so wird der effektive Grenzwert mehr als 160g betragen. Weitere Stichworte sind "eco innovations", Agrotreibstoffe und sogenannte "super credits", die besonders sparsame Autos um das bis zu 3-fache begünstigen. In der kombinierten Anrechnung auf den Zielwert führen die Bestimmungen dazu, dass die reale Senkung des CO₂-Ausstoßes weit geringer ausfällt. Das langfristige Ziel von 95g in 2020 ist allerdings positiv zu bewerten. Es steht allerdings unter Vorbehalt einer Revision dieses Ziel im Jahre 2013.

Kontakt: Tina Löffelsend, Referat Klima, Wirtschaft und Finanzen
Email: tina.loeffelsend@bund.net, Tel.: 030/ 27586-433

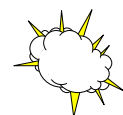
Erhöhte Strahlung in Cattenom vertuscht?

Wie genau waren die Messungen zur Radioaktivität im Kernkraftwerk Cattenom in Lothringen? Die französische Atomaufsicht hat jedenfalls allen 58 Kernkraftwerken in Frankreich die Erlaubnis entzogen, die Strahlenwerte selbst zu messen. Sie seien an allen Standorten zu ungenau gewesen.

Bei den Strahlenmessungen rund um die 58 Atomkraftwerke in Frankreich ist gemauschelt worden. Das jedenfalls behauptet die französische Atomaufsicht. Sie hat allen Kernkraftwerken im Land die Erlaubnis entzogen, selbst die Radioaktivität zu messen. Bei den Messungen von Luft und Wasser habe es "Verzerrungen" gegeben, hieß es bei der Behörde. Einige Messungen sollen bis zu 40 Prozent von der tatsächlichen Strahlenbelastung abgewichen sein. Auch das Kernkraftwerk Cattenom an der Obermosel, unweit der Grenze zu Rheinland-Pfalz, Saarland und Luxemburg, ist vom Verbot betroffen.

Unklar ist aber, ob es dort auch zu einer möglicherweise beschönigenden Messung gekommen ist. Laut rheinland-pfälzischem Umweltministerium haben die vom Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht selbst vorgenommenen Untersuchungen keine Abweichungen zu den aus Cattenom gemeldeten Werten ergeben. Trotzdem fordert das Ministerium Aufklärung über die Qualität der Messungen auf französischer Seite. Das Thema soll in der deutsch-französischen Kommission für die Fragen der Sicherheit kerntechnischer Einrichtungen erörtert werden. Umweltschützer befürchten, dass jahrelang erhöhte Strahlenwerte vertuscht worden sind.

Triererischer Volksfreund vom 15.1.09



Decke in Asse droht einzustürzen

Im Atommülllager Asse droht die Decke einer mit radioaktivem Müll gefüllten Kammer einzustürzen. Nach Angaben des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) gibt es in der Kammer mit 6000 Atommüllfässern Schäden, „durch die sich künftig Teile der Decke lösen und auf in der Kammer lagernde schwachradioaktive Abfälle stürzen könnten.“

Das Amt in Salzgittern kündigte gestern Sicherungsmaßnahmen an. Nach seinen Angaben wurde bei der Auswertung seismischer Überwachungsdaten festgestellt, dass die Decke der Einlagerungskammer in Bewegung geraten sei und es dort „ein Häufung mikroseismischer Ereignisse“ gegeben habe.

Bei einem Herabstürzen von Deckenteilen könnten die in der Kammer lagernden Atommüllfässer beschädigt werden. Derzeit sei nicht auszuschließen, dass durch „entstehenden Druckaufbau die Verschlüsse der Kammer durchlässig und Radioaktivität freigesetzt werden könnte“, warnte das BfS. Vor der einsturzgefährdeten Kammer will das Amt nun eine zusätzliche Barriere aus Salzbeton errichten.

Rheinpfalz vom 16.1.09

Neuer Streit um Atom-Endlager

Auch nachdem der Castor in Gorleben angekommen ist, gehen die Kämpfe um die Atomkraft weiter. Und das heftiger als in den Jahren zuvor.

Der durch ungewöhnlich scharfe Proteste Tausender Kernkraftgegner verzögerte Atommüll-Transport nach Gorleben hat den Endlagerstreit in Deutschland kräftig eingeleitet. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) forderte erneut einen "ergebnisoffenen Standortvergleich" der infrage kommenden Lagerstätten für Atommüll in Deutschland. Die neu erstarkte Anti-Atom-Bewegung rief die Regierung zum Ausstieg aus der Atomenergie auf und kündigte weitere Proteste an. Die Kosten des elften Transports nach Gorleben betragen allein in Niedersachsen rund 20 Millionen Euro. Landesinnenminister Uwe Schünemann (CDU) verlangte eine Beteiligung anderer Bundesländer an den Kosten und will künftig auch Blockierer zur Kasse bitten.

Der Transport erreichte sein Ziel mit fast einem Tag Verspätung, streng bewacht von Tausenden Polizisten. Beim Protest gegen die atomare Fracht erlebte die Anti-Atom-Bewegung eine neue Stärke: Der Widerstand mit mehr als 15.000 Demonstranten aus ganz Deutschland war deutlich größer als in den Vorjahren. "Der Protest ist groß, vielfältig und entschlossen. Der Traum der Atom-Lobby von einer Renaissance der Atomkraft ist ausgeträumt", sagte eine Sprecherin der Organisation Robin Wood.



Um die Proteste einzudämmen, setzte die Polizei auch Schlagstöcke ein. Einsatzleiter Thomas Osterroth sprach von teils "massiven Übergriffen" auf die Beamten. Zahlreiche Menschen wurden vorübergehend in Gewahrsam genommen. Die Polizei schätzte die Zahl gewaltbereiter Gegner auf 1500. Acht Protestierer ketteten sich an Betonpyramiden fest. Die Polizei benötigte rund elf Stunden, bis sie die Atomkraftgegner freibekam. 46 Demonstranten wurden festgenommen und 95 Strafverfahren eingeleitet.

Gabriel gab der Union die Verantwortung für die Schärfe der Proteste. Grund für die Auseinandersetzungen sei die Ankündigung von CDU und CSU gewesen, sich von dem unter Rot-Grün beschlossenen Atomausstieg zu verabschieden. Dies habe dazu geführt, dass die Menschen auf die Straße gegangen seien, sagte Gabriel in Berlin. Niedersachsens Umweltminister Hans Heinrich Sander (FDP) verlangte von Gabriel konkrete Alternativen zu Gorleben. Sander warf der Großen Koalition vor, in der Frage der atomaren Endlagerung keinen Schritt weiter gekommen zu sein als zuvor Rot-Grün.

Der SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier sprach angesichts der Proteste von einer nicht verantwortbaren Energie und sah keine Zukunft für die Atomkraft in Deutschland. Der Ausstiegskonsens unter der rot-grünen Bundesregierung sei wichtig und richtig gewesen. Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) zeigte wenig Verständnis für die Proteste und plädierte für eine Lösung in der Endlagerfrage.

Der Salzstock Gorleben in unmittelbarer Nähe zum Atommüll-Zwischenlager ist der einzige Ort, der bisher als Endlager für den hoch radioaktiven Abfall aus deutschen Atomkraftwerken untersucht wurde. Umstritten ist aber seit Jahrzehnten, ob der Salzstock sicher genug ist. Eine Sprecherin des Umweltministeriums in Hannover erklärte, 90 Prozent der Erkundungsarbeiten in Gorleben seien erledigt. Die Entscheidung über die Fortführung der seit 2001 gestoppten Arbeiten liege aber bei der Regierung.

Rhein-Zeitung vom 12.11.08

„Pro Klima Strom“ von RWE ist Atomstrom

Mitte November überraschte der **RWE-Konzern** die Öffentlichkeit mit einem neuen Angebot: Kunden können unter dem wohlklingenden Namen „Pro Klima Strom“ einen speziellen Tarif ordern, der zu rund zwei Dritteln aus Atomstrom und einem Drittel aus Wasserkraftstrom besteht. Damit hat Deutschland seinen ersten **Atom-Tarif**.

Auf die Stromerzeugung hat der Tarif **keinerlei Auswirkungen**. Weder erhöht sich damit der Atomkraft-Anteil noch der der Wasserkraft. Sämtliche Anlagen bestehen schon, teils seit Jahrzehnten und sind längst abgeschrieben. Deshalb verwundert es umso mehr, dass der Tarif mit über 23 Cent pro Kilowattstunde **deutlich teurer** ist als z.B. der durchschnittliche Preis für Ökostrom.



Hier offenbart sich die wahre Absicht. Mit dem Atomtarif-Trick hat RWE einen Weg gefunden, die ohnehin gewinnträchtigen Alt-AKW noch weiter zu vergolden - und das sogar noch unter dem grünen Feigenblatt des Klimaschutz. Diese **dreiste Abzocke** kann man dem Konzern nicht durchgehen lassen.

Info Service der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3.12.08

40 Milliarden vom Steuerzahler

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin hat im Auftrag der Bundesregierung berechnet, wie viel Fördergelder bislang hierzulande in die Atomenergie flossen.

Die Forscher haben berechnet, dass allein der Bund über 40,2 Milliarden Euro zugeschossen hat. Dazu kommen schwer zu ermittelnde Ausgaben der einzelnen Bundesländer. Außerdem gibt es versteckte Subventionen, da Erbauer und Betreiber von Kernkraftwerken Steuervorteile genießen.

Das Fernsehmagazin "Frontal 21" nannte in seiner Sendung vom 15. September 2008 die teuersten Atomprojekte der Bundesregierung:

KKW Hamm-Uentrop

Der Thorium-Hoch-Temperatur-Reaktor (THTR) ging 1983 in Betrieb. Er lieferte jedoch nur 423 Tage Strom unter Vollastbetrieb. Technikprobleme erzwangen eine vollständige Stilllegung im September 1989. Allein für die Stilllegung haben die Bundesregierung und das Land Nordrhein-Westfalen nach eigenen Angaben mehr als 1,7 Milliarden Euro bereitgestellt.

Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe

Die WAK wurde als Pilotanlage für die kommerzielle Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen errichtet. Seit 1991 ist sie stillgelegt, der vollständige Rückbau dauert an. Die Kosten für den Abriss explodierten, weil Probleme mit der Verglasung des radioaktiven Mülls auftraten. War anfangs von rund einer Milliarde Euro Kosten die Rede, stehen im aktuellen Kostenplan für den Rückbau inzwischen rund 2,2 Milliarden Euro.

Forschungszentrum Karlsruhe

Insgesamt bezahlt die öffentliche Hand für den Rückbau 3,7 Milliarden Euro.

Kernkraftwerk Kalkar

Das Kernkraftwerk in Kalkar am Niederrhein ging nie in Betrieb. Wegen großer Proteste in der Bauphase, verändertem Bedarf und politischer Bedenken wurde das Projekt 1991 eingestellt. Die Bundesregierung hat nach eigenen Angaben 2,177 Milliarden Euro Steuergelder in die Stilllegung investiert. Heute ist das ehemalige Atomkraftwerk Kalkar ein Freizeitpark.



Kernkraftwerk Niederaichbach

Das Kraftwerk war von 1973 bis 1974 in Betrieb. Die in dieser Zeit erzeugte Energie entsprach gerade mal etwa 18 Tagen Vollast. Allein der Abriss wird den Bund 135 Millionen Euro kosten.

Forschungsendlager Asse

Zwischen 1967 und 1995 untersuchten Forscher in Asse, wie sich radioaktive Abfälle endgültig lagern lassen. Das ehemalige Bergwerk ist jedoch löchrig wie ein Schweizer Käse und droht im Wasser abzusaufen. Bisher plant der Bund nach eigenen Angaben, für die Sanierung rund 850 Millionen Euro auszugeben.

Endlager Morsleben

Das Endlager in Morsleben diente zu DDR-Zeiten als Endlager für atomaren Abfall der Kernkraftwerke Greifswald, Rheinsberg und Rossendorf. Der größte Teil des Atommülls stammt aus Kernkraftwerken in Westdeutschland. Möglich machten das Weisungen der damaligen Bundesumweltministerin Angela Merkel (CDU). Das ehemalige Bergwerk droht einzustürzen, radioaktive Lauge könnte das Grundwasser verseuchen. Die Sanierung kostet laut Bundesamt für Strahlenschutz mindestens 2,2 Milliarden Euro.

Endlager Gorleben

Das Projekt Gorleben kostet nach Angaben der Bundesregierung bis 2008 rund 1,77 Milliarden Euro.

Steuerausfälle

Energiekonzerne, die in Deutschland Kernkraftwerke betreiben, müssen für den Abriss oder Rückbau ihrer Kraftwerke sogenannte Rückstellungen bilden. Diese milliarden-schweren steuerfreien Rückstellungen führten laut Bundesfinanzministerium bisher zu Steuerausfällen in Höhe von 8,2 Milliarden Euro.

Euratom

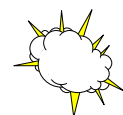
Die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) finanziert sich über den allgemeinen Haushalt der EU, und zwar über sogenannte Rahmenprogramme für Forschung und Entwicklung. Der deutsche Finanzierungsanteil der bisherigen EU-Rahmenprogramme beläuft sich nach "Frontal 21 "-Berechnungen auf 1,9 Milliarden Euro.

Finanzierung IAE0

Die Internationale Atomenergie Agentur soll die friedliche Nutzung der Kernenergie und der Anwendung radioaktiver Stoffe fördern. Deutschland bezahlt seit 1957 Mitgliedsbeiträge. Laut Bundesregierung beträgt deren Summe bisher 665 Millionen Euro.

Rückbau der DDR-Kernkraftwerke

Auch die DDR hat Kernkraftwerke betrieben. Insgesamt rechnet die Bundesregierung nach eigenen Angaben mit Kosten von 3,2 Milliarden Euro für den Rückbau der DDR-Kernkraftwerke Lubmin und Energiewerke Nord. Bis 2007 stellte der Bund dafür 2,5 Milliarden Euro bereit.



Sanierung Wismut

Die Wismut AG förderte in Thüringen und Sachsen zu DDR-Zeiten Uran. Abnehmer war ausschließlich die Atomwirtschaft der ehemaligen Sowjetunion. Bis Ende 2007 kosteten die Sanierungsmaßnahmen den Bundeshaushalt insgesamt etwa 4,9 Milliarden Euro. Für 2008 sind 170 Millionen Euro vorgesehen. Für die noch ausstehenden Sanierungsarbeiten und die sich anschließenden Langzeitaufgaben sind nach Schätzungen der Bundesregierung weitere rund 1,3 Milliarden Euro erforderlich für die DDR-Altlast also insgesamt 6,37 Milliarden Euro.

Von wegen teure Erneuerbare!

Zum Vergleich: Den Ausbau der Kraftwärme-Kopplung, die bis 2020 25 Prozent der Stromerzeugung übernehmen soll, fördert die Bundesregierung mit jährlich maximal 950 Millionen Euro (O-Ton Joachim Pfeifer (CDU) zur Höhe der KWK-Förderung: "Hier ist nicht Weihnachten". Pfeifer ist energiepolitischer Sprecher der CDU Fraktion und war 1992 bis 1997 beim Stromkonzern EVS beschäftigt).

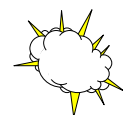
Den Ausbau der erneuerbaren Energien (Windkraft, Biomasse und PV) finanzieren ausschließlich die Stromverbraucher. Die Bundesregierung steuert keinen müden Euro dazu bei.

ENERGIEDEPESCHE - 4 - Dezember 2008

Subventionen schaden dem Umweltschutz

In Deutschland gab es im Jahr 2006 Subventionen von knapp 42 Milliarden Euro mit negativen Wirkungen auf Gesundheit und Umwelt. Dies ist das Ergebnis der Studie des Umweltbundesamtes "Umweltschädliche Subventionen in Deutschland". Die Palette der negativen Umweltwirkungen reicht von der Förderung des Klimawandels über die Beeinträchtigung der Wasser-, Boden- und Luftqualität bis hin zur Erhöhung der Flächeninanspruchnahme und der Verringerung der Artenvielfalt.

"Umweltschädliche Subventionen konterkarieren die vielen Bemühungen im Umweltschutz", sagt Prof. Andreas Troge, Präsident des UBA. "Indem wir auf der einen Seite viel Geld für den Umweltschutz ausgeben, auf der anderen Seite jedoch Marktverzerrungen zu Lasten der Umwelt finanzieren, ist das das Gegenteil einer ökologisch und ökonomisch nachhaltigen Haushaltspolitik. Wer nicht an den Bestand umweltschädlicher Subventionen herangeht, lässt es bei den Fehlanreizen von gestern und muss heute und morgen umso mehr gegensteuern, um die Umweltqualität zu sichern. Die Devise muss heißen: Mit mehr Konsistenz und weniger Instrumenten die Umweltqualität sichern sowie verbessern."



ENERGIE-INFO

SEITE 54

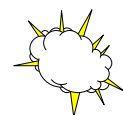
Die UBA-Forscher analysierten die wichtigsten Subventionen des Bundes in den Bereichen Energiebereitstellung und -nutzung, Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sowie Landwirtschaft. Denn diese Bereiche verursachen die größten Umweltprobleme und profitieren am stärksten von umweltschädlichen Subventionen. Da die Studie Förderprogramme auf Länder- und kommunaler Ebene kaum betrachtet, lag das tatsächliche Volumen umweltschädlicher Subventionen in Deutschland noch höher als 42 Milliarden Euro.

Von einem Abbau umweltschädlicher Subventionen würden sowohl die öffentlichen Haushalte als auch die Umwelt profitieren. Die eingesparten Gelder ließen sich für die Senkung der Steuerlast oder die Finanzierung zentraler Zukunftsaufgaben - wie Klimaschutz und Bildung - nutzen. Außerdem würden der Staat und die Bürgerinnen und Bürger indirekt entlastet, weil Folgekosten umweltschädlicher Subventionen, zum Beispiel in Form von Gesundheits- und Materialschäden, entfielen.

Ein prominentes Beispiel sind die vielfältigen Subventionen im Energie- und Stromsteuerrecht, die zusammen jährlich rund 5 Mrd. Euro betragen. Darunter fallen die allgemeinen Strom- und Energiesteuer-Ermäßigungen für das Produzierende Gewerbe sowie die Land- und Forstwirtschaft, ferner der Spitzenausgleich bei der Ökosteuer. Diese Subventionen begünstigen den Energieverbrauch und stehen damit im Widerspruch zum Ziel des Klimaschutzes. Daher sind diese Subventionen grundsätzlich abzubauen. Zumindest sollten nur noch solche Betriebe Energiesteuervergünstigungen erhalten, die ein verifiziertes Energiemanagementsystem vorweisen können und alle wirtschaftlich lohnenden Energiesparmaßnahmen durchführen. Dieser Vorschlag ist bereits im Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung vom August 2007 im Ansatz enthalten.

Ein weiteres Beispiel für eine umweltschädliche Subvention ist die Befreiung des gewerblichen Flugverkehrs von der Energiesteuer für Kerosin. Dem Staat entgehen nach Berechnungen des UBA dadurch jährliche Steuereinnahmen in Höhe von 6,9 Milliarden Euro. Diese indirekte Subventionierung des Flugverkehrs verzerrt den Wettbewerb zu Lasten emissionsärmerer und damit umweltfreundlicherer Verkehrsmittel - wie der Bahn. Die Ungleichbehandlung der Verkehrsträger ist weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll oder sonst gerechtfertigt. Die Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs sind wegen der Flughöhe sogar um das 2- bis 5-fache klimaschädlicher als bodennahe Emissionen. Neben der Einbindung des Flugverkehrs in den EU-Emissionshandel - dem sowohl das EU-Parlament als auch der Europäische Rat zugestimmt hat - schlägt das UBA daher die Einführung einer möglichst weiträumigen - zumindest EU-weiten - Kerosinsteuer vor.

Die beiden Beispiele zeigen, dass umweltschädliche Subventionen nicht nur die Umwelt belasten und damit höhere zukünftige Umweltschutzausgaben verursachen, sondern häufig auch unbegründet und ökonomisch nicht gerechtfertigt sind.

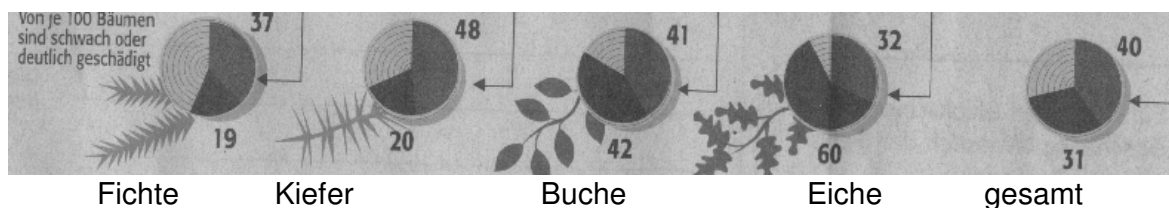


Der vielfach geforderte umfassende Subventionsabbau sollte deshalb nicht nach dem "Rasenmäherprinzip" erfolgen. Vielmehr sind gezielt unnötige oder umweltschädliche Subventionen zu streichen. Neue Subventionen sollte der Staat nur einführen, falls sie effektiv wären und keine gravierenden negativen Umweltwirkungen hervorriefen. Der Gesetzgeber sollte daher ein umweltschutzbezogenes Subventionscontrolling einführen, das alle Subventionen in einem "Umweltcheck" auf mögliche negative Umweltwirkungen hin untersucht und sie einer regelmäßigen Wirkungs- und Erfolgskontrolle unterwirft. "Wir müssen hin zu einer nachhaltigen Finanzpolitik aus einem Guss, die Umweltschutzbelange systematisch berücksichtigt", sagt UBA-Präsident Troge.

Der vollständige Bericht "Umweltschädliche Subventionen in Deutschland" kann heruntergeladen unter: <http://www.umweltdaten.de/publikationen/lfpdf-113659.pdf>

Subventionen Pressemeldung UBA; 03. November 2008

Bäume in trockenen Gebieten stärker gestresst



Der Zustand der Bäume in den rheinland-pfälzischen Wäldern hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht verschlechtert. Neben Luftschadstoffen sei der Klimawandel ein bedeutender Stressfaktor für den Wald, sagte Umweltministerin Margit Conrad (SPD) gestern bei der Vorstellung des Waldzustandsberichts 2008. So sei die Entwicklung in trocken-warmen Landesteilen ungünstiger als in kühl-feuchten Regionen.

Den Zustand der Wälder bewerteten Experten im Sommer anhand des Aussehens der Baumkronen. 31 Prozent der untersuchten Bäume zeigten dabei deutliche Schäden (2007: 28 Prozent), lediglich 29 Prozent (31) wiesen keine Schädmerkmale auf. Besonders verschlechtert hat sich der Zustand der Eichen. Nach 50 Prozent im Vorjahr sind nun 60 Prozent deutlich geschädigt. Nicht einmal jede zehnte Eiche in rheinland-pfälzischen Wäldern ist ohne sichtbare Schäden. Als Grund geben Experten Insektenfraß sowie Mehltau-Befall an. Größere Schäden traten zudem bei Buchen und Kiefern auf, die Situation bei den Fichten hat sich etwas entspannt.

Dennoch werde es wegen des Klimawandels langfristig weniger Fichten im Land geben, prognostizierte Conrad. Nur noch in kühleren Höhenlagen werde der Nadelbaum überleben. "Die Fichte wandert nach Norden", sagte die Umweltministerin, die den Klimawandel als besondere Herausforderung bezeichnete. Schon jetzt seien die Bäume in trockeneren und wärmeren Gebieten, zu denen auch der Haardtrand zählt, einem "gewissen Grundstress ausgesetzt". Ein Anstieg der Durchschnittstemperaturen werde dort zu einer zunehmenden Belastung führen.



Eine Bedrohung für den Wald sind immer stärker auch Orkane und andere extreme Wetterlagen. So verwüstete im Juni dieses Jahres ein Hagelsturm 300 Hektar Wald in der Nähe des südwestpfälzischen Merzalben. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist bei Stürmen im Land mehr Schadholz angefallen als in den sieben Jahrzehnten davor.

Zurückgegangen ist die Belastung der Wälder durch Luftschadstoffe, insbesondere durch Schwefelverbindungen und Schwermetalle. Auch die Stickstoffeinträge seien gesunken, aber immer noch auf bedenklichem Niveau, sagte die Ministerin. Positiv vermerkte sie die bessere Qualität der Waldböden: Bodenversauerung und Nährstoffverluste sind verringert worden. Das ist nach Angaben Conrads auch Ergebnis der Bodenschutzkalkungen.

Die diesjährige Walduntersuchung liefert nach 2004 auch wieder Daten zu den einzelnen Waldgebieten. Demnach hat sich der Zustand der Bäume im Nordpfälzer Berg- und Hügelland im Vergleich zu vor vier Jahren verschlechtert, im Pfälzerwald hingegen etwas verbessert. Allerdings ist es wahrscheinlich, dass im Pfälzerwald der Anteil der kranken Bäume im Vergleich zu 2007 wieder zugenommen hat. Schließlich gibt es dort einen großen Bestand an Eichen und Buchen.

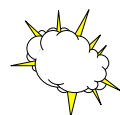
Die Umweltschutzorganisation BUND forderte in einer Reaktion auf den Bericht, die "zu hohen Hirsch- und Rotwildbestände" zu bejagen, damit sich naturnahe Wälder verjüngen könnten. Außerdem sollten alte Rotbuchen und Eichen verstärkt erhalten werden, da diese wichtig für die Lebensvielfalt im Wald seien.

Rheinpfalz vom 9.12.08

Waldzustandsbericht 2008

Aus dem vom Umweltministerium herausgegebenen Waldzustandsbericht 2008 hebt der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. hervor, dass über zwei Drittel (70 Prozent) des Waldes in Rheinland-Pfalz inzwischen sichtbar geschädigt sind. Etwa 31 Prozent der Bäume sind sogar schwer geschädigt, bei ihnen fehlt mehr als ein Viertel der normalen Blatt- bzw. Nadelmasse. Die Schäden haben im Vergleich zum Vorjahr sogar um 3% weiter zugenommen. Außerdem sind mit Buche und Eiche unsere wichtigsten Baumarten am stärksten betroffen.

Hauptursachen der nach wie vor hohen Waldschäden seien giftige Luftschadstoffe, den Boden versauernde Emissionen, die Wirkungen der Treibhausgase und forstwirtschaftliche Fehler. Dr. Erwin Manz, Landesgeschäftsführer des BUND: „Landes- und Bundesregierung müssen ihre Anstrengungen vervielfachen, um eine waldverträgliche Agrar-, Verkehrs- und Energiepolitik zu entwickeln. Bedrohlich sind vor allem die hohen Emissionen giftiger Stickoxide und von Ammoniak. Sie belasten die Waldböden weiter, gefährden das Grundwasser und verursachen hohe Ozonbelastungen.“



Um die Folgen der Schadstoffeinträge in den Wäldern besser abpuffern zu können, muss das Land ein Maßnahmenbündel auf den Weg bringen. Dies besteht nach Ansicht des BUND aus:

- Bejagung der zu hohen Hirsch- und Rotwildbestände, damit sich naturnahe Wälder überhaupt verjüngen können;
- verstärkte Anstrengungen zur Wasserrückhaltung im Wald, damit Trockenperioden besser überdauert und der Hochwasserabfluss vermindert wird;
- verstärkte Erhaltung alter Rotbuchen und Eichen, weil diese für Vielfalt des Lebens im Wald von überaus hoher Bedeutung sind und im Holz Kohlendioxid gespeichert wird (trotz hoher Brennholznachfrage darf kein Raubbau in diesen wertvollen Altbeständen erfolgen);
- konsequentere Umsetzung des naturnahen Waldbaus durch qualifiziertes Personal in ausreichender Zahl.

PM des BUND RLP vom 8.12.08

Wärmepumpen: Streit um Jahresarbeitszahlen

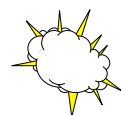
Seit 2008 erhalten Wärmepumpen eine staatliche Förderung - allerdings gelten hohe Anforderungen, so dass es wichtig ist, exakt zu planen und zu bauen. Luft-Wasser-Wärmepumpen müssen eine Jahresarbeitszahl von 3,5 im Neubau und von 3,3 im Bestand erreichen. Für andere Wärmepumpen gilt eine Arbeitszahl von 4,0 im Neubau und von 3,7 im Bestand. Strom- und Wärmemengenzähler sind vorgeschrieben. Zwar behaupten die Hersteller, dass diese Anforderungen locker überboten werden. Im Praxistest versagte jedoch bislang jedes untersuchte Modell.

Die Jahresarbeitszahl Vier besagt, dass der Energiebeitrag der Umweltwärme den Beitrag des Stroms um das Vierfache übersteigen soll. Nur Wärmepumpen mit einer hohen Jahresarbeitszahl laufen wirtschaftlich und nützen der Umwelt. Entpuppt sich ein Modell als Stromschlucker, kommt sie auch den Betreiber teuer zu stehen. Für die Beantragung und die Bewilligung von Fördermitteln reicht eine Prognose der Jahresarbeitszahl nach der einschlägigen Norm (VDI 4650). Unterschreitet die Arbeitszahl die Prognose, kann das Bundesumweltministerium die Fördermittel zurückfordern.

Energiedepesche 4/08

Wärmepumpen: Grundwasserprobleme

Der Freiburger Wasserversorger Badenova hat eine Warnung in die Welt geschickt, die in ihrer Dramatik neu ist: "Wärmepumpen von heute drohen die Altlasten von morgen zu werden" Der "Wildwuchs beim Bohren von Erdwärmesonden" erzeuge "erhebliche Gefahren für die Qualität des Grundwassers und damit mittelbar auch des Trinkwassers". Damit packt Badenova ein heißes Eisen an. Unter Experten wird das Risiko der



Erdbohrungen fürs Grundwasser zwar bereits seit Jahren diskutiert, doch in dieser Deutlichkeit hat sich noch kein Wasserversorger zu Wort gemeldet.

Es ist ein Zeichen, dass der Leidensdruck steigt. Denn die Wasserwirtschaft sieht sich zunehmend allein gelassen von der Politik, nachdem in den vergangenen Jahren in Deutschland immer mehr Erdsonden in den Untergrund getrieben wurden, um die Erdwärme mittels Wärmepumpe zur Raumheizung zu nutzen.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) fordert eine Anzeige- und Genehmigungspflicht für Erdbohrungen. BDEW-Vize Peter Rebohle befürchtet, dass der Untergrund bald durchlöchert sein werde "wie ein Schweizer Käse". Die Folge; Schadstoffe könnten, durch bislang undurchgängige Deckschichten ins Tiefenwasser gelangen.

Auch nach Einschätzung Matthias Schmitts von der Arbeitsgemeinschaft Rheinwasserwerke hat durch Erdbohrung die Gefährdung des Grundwassers "drastisch zugenommen", denn dessen Schutz werde dabei nicht ausreichend berücksichtigt. Schmitt warnt daher: "Heutige Fehler machen sich erst viele Jahre später bemerkbar." Und Johann-Martin Rogg, bei der Badenova verantwortlich für die Trinkwasserversorgung, sagt: "Die Wasserwirtschaft ist in tiefer Sorge."

Zwar behauptet der Bundesverband Wärmepumpe noch standhaft, ihm seien keine Fälle bekannt, in denen es zur Schädigung des Grundwassers durch Erdsondenbohrungen gekommen sei. Doch allein Badenova weiß in jüngster Zeit von zwei Vorfällen zu berichten: In einem Fall wurde eine Quelle verschmutzt, und nun streiten sich die Beteiligten darüber, ob der Auftraggeber oder aber die Baufirma für den Schaden haften müsse. Im zweiten Fall traf eine Erdsondenbohrung einen Kanal. Die Bohrfirma ließ daraufhin Flüssigbeton in den beschädigten Kanal laufen und verstopfte ihn. Geschätzter Schaden: 70.000 Euro. Über die Haftung herrscht auch hier Unklarheit.

Badenovas Trinkwassermann Rogg beklagt nun, dass "für die Erdwärmenutzung alle wohlbegründeten Regeln für den Grundwasserschutz außer Kraft gesetzt oder erheblich eingeschränkt werden". Bereits im Mai habe die Wasserwirtschaft darauf hingewiesen, dass es hinsichtlich der Haftung dringenden Regelungsbedarf gebe, doch bisher sei nichts geschehen. Die Wasserwirtschaft, die selbst die Philosophie der Nachhaltigkeit seit Jahren lebe, werde von der Politik im Stich gelassen, sagt Rogg.

Fachliche Unterstützung kommt auch von der Deutschen Vereinigung des Gas- und Wasserfaches (DVGW).- Die Erdwärmesonden hätten "ein hohes Gefährdungspotential gegenüber der Trinkwasserressource", sagt DVGW-Sprecherin Susanne Hinz. Der Verband vertrete daher die Auffassung, dass "der Grundwasserschutz zur Gewährleistung einer einwandfreien Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser der Nutzung regenerativer Erdwärme vorzuziehen ist". Dies entspreche im Übrigen auch den Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie.



Trinkwasserexperte Rogg fordert nun ein Verbot von grundwassergefährdenden Stoffen als Wärmetauscher-Medium bei Sonden in Trinkwasserschutzgebieten der Zone III - bisher wird dort mitunter selbst der Einsatz von Glykol von den Behörden akzeptiert. Zudem müsste eindeutig geklärt werden, dass die Bauherren für mögliche Schäden der Bohrung haften.

Und schließlich sei die Frage eines Rückbaus solcher Anlagen verbindlich zu klären, für den Fall, dass dies aus Gründen des Grundwasserschutzes nötig werden sollte. Rogg wird da sehr deutlich: "Es kann nicht sein, dass wir sehenden Auges die Wärmepumpen von heute zu den Altlasten von morgen werden lassen, und es bleibt unklar, wer dann für die womöglich teuren Folgen aufzukommen hat. "

UmweltBriefe 23 – 13.11.08

Speyer wärmt sich an Mannheim

Die Stadtwerke Speyer werden ab 2010 Fernwärme aus dem Großkraftwerk Mannheim (GKM) beziehen. Dazu wird eine Leitung mit Anbindung an das Netz der Mannheimer MVV Energie neu gebaut.

Diesen Beschluss des Aufsichtsrats der Stadtwerke hat der Speyerer Stadtrat mehrheitlich bestätigt. Schon im Sommer hatte sich diese Möglichkeit angedeutet, weil eine Ersatzlösung für das 41 Jahre alte eigene Heizkraftwerk gefunden werden musste. Ein Anschluss an Mannheim wurde von den Stadtwerken als wirtschaftlichste und ökologisch sinnvollste Lösung gesehen. Die neue Leitung soll 18,6 Millionen Euro kosten. Sie ermöglicht zudem die Anbindung der Gemeinden Brühl und Ketsch an das Fernwärmenetz.

Für das GKM und den Versorger MVV Energie ist der Netzausbau wichtig, weil 1,3 Milliarden Euro in einen neuen Kohleblock des Kraftwerks investiert werden sollen. Der erzeugt neben Strom auch Wärme, die vermarktet werden muss. Mannheims Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD), Aufsichtsratschef der MVV Energie AG, begrüßte daher gestern in einer Stellungnahme die Speyerer Entscheidung. Fernwärme sei ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz in der Region. Die Verbindung von Mannheim und Speyer setze ein Zeichen in der regionalen Zusammenarbeit.

Rheinpfalz vom 20.12.08

Kommentar: Der BUND hat sich gegen den Anschluss ausgesprochen. Wesentliche Gründe: Hohe Verluste beim (weiten) Transport der Fernwärme von Mannheim nach Speyer; Rechtfertigung für das klimaschädliche Kohlekraftwerk in Mannheim.

Michael Carl

